



# **Beschlüsse**

**des Landesparteitags  
der SPD Baden-Württemberg  
am 21. Oktober 2023  
in Heilbronn**

## Berichterstatter:innen

Antragsbereich	Berichterstatter:innen
Europa	Bettina Ahrens-Diez Lukas Hornung
Arbeit und Soziales	Daniela Harsch Leon Köpfler
Außen- und Sicherheitspolitik	Kevin Leiser
Bildung	Viviane Sigg Annkathrin Wulff
Gesundheit und Pflege	Birte Könnecke
Innen und Recht	Leon Köpfler
Partei und Organisation	René Repasi
Verkehr und Infrastruktur	Lina Seitzl
Wirtschaft	Sebastian Weigle
Sonstiges	Wolfgang Katzmarek
Initiativanträge	René Repasi Daniela Harsch

## Mitglieder der Antragskommission

Bettina Ahrens-Diez	Heike Baehrens	Stephanie Bernickel
Daniel Born	Lars Castellucci	Jakob Dongus
N.N.	Daniela Harsch	Lukas Hornung
Wolfgang Katzmarek	Birte Könnecke	Leon Köpfler
Kevin Leiser	Judith Marvi	Katja Mast
Dominique Odar	René Repasi	Sarah Schlösser
Lina Seitzl	Viviane Sigg	Katharina Spohrer
Tim Strobel	Huyhn Trong An Tang	Florian Wahl
Jonas Weber	Sebastian Weigle	Boris Weirauch
Annalena Wirth	Andreas Woerlein	Annkathrin Wulff

René Repasi	Vorsitzender
Daniela Harsch	Stellvertreterin
Lina Seitzl	Stellvertreterin

## Impressum

### Herausgeber

SPD-Landesverband Baden-Württemberg

Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart

[www.spd-bw.de](http://www.spd-bw.de)

## **Geschäftsordnung der Antragskommission des SPD-Landesverbandes Baden-Württemberg**

### **§ 1**

- (1) Die Antragskommission besteht aus 30 vom Landesparteitag gewählten Mitgliedern. Sie wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden oder eine Vorsitzende.
- (2) Die Antragskommission kann Unterkommissionen bilden.
- (3) Die Antragskommission bestimmt aus ihrer Mitte die Berichterstatter.

### **§ 2**

- (1) Die Mitglieder der Antragskommission erhalten die Anträge unmittelbar nach Ablauf der Antragsfrist von der Geschäftsstelle.
- (2) Die Antragskommission soll einen Vorschlag für den zweckmäßigen Verhandlungsablauf machen, über den der Parteitag als Geschäftsordnungsantrag entscheidet.
- (3) Liegen zu einem Sachgebiet mehrere Anträge vor, schlägt die Antragskommission einen Antrag als Grundlage der Beratung vor.

Für die Behandlung von Anträgen kann sie empfehlen:

- zur Beschlussfassung nicht geeignet
- Nichtbefassung
- erledigt durch ...
- Annahme
- Annahme in folgender Fassung: ...
- Ablehnung
- Überweisung als Material an ...

- (4) Empfehlungen der Antragskommission sollen keine inhaltlichen Änderungen der Anträge enthalten.
- (5) Auf Verlangen hat die Antragskommission das Abstimmungsergebnis bekannt zu geben und die Meinung der Minderheit vorzutragen.
- (6) Der Berichterstatter oder die Berichterstatterin der Antragskommission begründet die Empfehlungen der Antragskommission. Zur Sache selbst soll er oder sie nur Stellung nehmen, soweit dies zur Begründung der Empfehlung notwendig ist
- (7) Die Antragskommission kann Empfehlungen für die zeitliche Weiterbehandlung von Anträgen machen.

### **§ 3**

- (1) Die erste Sitzung nach der Wahl der Antragskommission wird vom oder von der Landesvorsitzenden einberufen.
- (2) Die Einberufung zu weiteren Sitzungen erfolgt durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende der Antragskommission. Auf Antrag eines Drittels der Mitglieder der Kommission hat er oder sie die Antragskommission in angemessener Frist einzuberufen.

### **§ 4**

- (1) An den Beratungen der Antragskommission nimmt je ein Vertreter oder eine Vertreterin des Landesvorstands, der Landtagsfraktion und der baden-württembergischen SPD-Bundestagsabgeordneten und der SPD-Europaabgeordneten teil.
- (2) Die Sitzungen der Antragskommission sind delegiertenöffentlich.
- (3) Die Antragskommission kann Sachverständige zur Beratung zuziehen.

### **§ 5**

- (1) Diese Geschäftsordnung wurde am 15./16. September 1995 in Pforzheim beschlossen.
- (2) Änderungen dieser Geschäftsordnung erfolgen auf Beschluss des Parteitages.

# Anträge

## Inhaltsverzeichnis

### EU - Europa

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
EU01	Unser Europa: stark, sozial, demokratisch Landesvorstand <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	28

## AS - Arbeit und Soziales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
AS01	<b>Aus dem technologischen Fortschritt den sozialen Fortschritt machen</b> Landesvorstand <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	11
AS02	<b>Mehr Chancen für Beschäftigung und Teilhabe</b> Landesvorstand <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	15
AS08	<b>Budget für Arbeit auch in Baden-Württemberg umsetzen</b> Selbst Aktiv Baden-Württemberg <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	24

## AUS - Außen- und Sicherheitspolitik

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
AUS03	Vollständige Unterstützung der Iranischen Revolution KV Heidelberg <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	25

## B - Bildung

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
B03	<b>Französisch</b> KV Ortenau <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	26
B04	<b>Fehlende Lehrerwochenstunden in Budget umwandeln</b> KV Freiburg <i>angenommen</i>	27

## G - Gesundheit und Pflege

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
G02	<b>Widerspruchslösung für die Organspende</b> KV Karlsruhe-Stadt <i>angenommen</i>	38
G03	<b>Lebensgefährlichen Mangel an Medizinprodukten verhindern</b> KV Karlsruhe-Stadt <i>angenommen</i>	39
G05	<b>Unterstützung für Eltern von Sternenkindern ausbauen</b> KV Waldshut <i>angenommen</i>	40
G06	<b>Den öffentlichen Gesundheitsdienst in Baden-Württemberg stärken</b> ASG Baden-Württemberg <i>angenommen</i>	41
G07	<b>Tarifverträge für Tochtergesellschaften an Unikliniken</b> ASG Baden-Württemberg <i>angenommen</i>	43
G08	<b>Entlastungsbetrag für Pflegebedürftige - Ausweitung auf Nachbarschaftshilfe</b> Selbst Aktiv Baden-Württemberg <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	44

## IR - Innen und Recht

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
IR01	<b>Gleichstellung Freiwilligendienst mit freiwilligem Wehrdienst</b> KV Emmendingen, OV Denzlingen <i>angenommen</i>	56
IR03	<b>App-basierte Alarmierung von Ersthelferinnen und Ersthelfern landesweit einheitlich und flächendeckend ausbauen</b> KV Freiburg <i>angenommen</i>	57
IR06	<b>Nachkommen der Forderungen der Betroffenen des sogenannten „Radikalenerlasses“ nach Rehabilitierung und Entschädigung sowie Aufarbeitung</b> KV Heidelberg <i>angenommen</i>	58

## PO - Partei und Organisation

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
PO01	Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Rechtspopulisten KV Rhein-Neckar <i>angenommen</i>	59

## VI - Verkehr und Infrastruktur

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
VI03	Solarenergie an Straßen- und Schienenwegen OV Kinzigtal <i>angenommen</i>	62
VI04	Öffentlichen Verkehr verbessern, Wasser als Verkehrsträger nutzen, Fährverbindungen auf dem Bodensee in ÖPNV-System integrieren KV Bodensee, KV Konstanz <i>angenommen</i>	63

## WI - Wirtschaft

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
WI01	Faire Wärmepreise sicherstellen KV Stuttgart <i>angenommen</i>	65

## INI - Initiativanträge

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
INI01	Resolution: "Nie wieder" ist jetzt - Solidarität mit Israel Landesvorstand <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	45
INI02	Wertegeleitet und pragmatisch: Ein Schulterschluss in der Asyl- und Geflüchtetenpolitik für Baden-Württemberg Landesvorstand <i>angenommen in geänderter Fassung</i>	47

# Antrag AS01: Aus dem technologischen Fortschritt den sozialen Fortschritt machen

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Antragskommission:	Annahme in Fassung der Antragskommission
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales

## 1 Digitalisierung für sozialen Fortschritt nutzen

2 Die Pandemie und die Suche nach schnellen Lösungen für kontaktlose Kommunikation hat  
3 der Sozialwirtschaft zu einem großen technologischen Sprung nach vorn verholfen.  
4 Erfahrungen aus dem Einsatz digitaler Tools waren positiv. Allerdings ist es mit der  
5 Einführung von Zoom oder Microsoft Teams nicht getan. Wir brauchen zusätzlich  
6 Standardisierung und flächendeckende Lösungen für Prozesse und Anwendungen. Hierfür  
7 muss ein Rahmen geschaffen werden, damit die Sozialwirtschaft in Baden-Württemberg  
8 digital im Jahr 2023 ankommt. Für uns ist klar: Wir wollen das Potenzial der  
9 Digitalisierung für soziale Teilhabe, Freiheit, Wohlstand und Nachhaltigkeit nutzen.  
10 Für die Landessozialpolitik, auf die wir im sozialen Aufbruch einen besonderen  
11 Schwerpunkt gesetzt haben, heißt das: Wir wollen digitale Möglichkeiten nutzen und  
12 fördern, wo sie Prozesse einfacher und zugänglicher machen, ohne dabei die Menschen  
13 aus dem Blick zu verlieren. Dafür braucht es eine durchdachte, strategische und  
14 ganzheitliche Digitalisierung von Strukturen und Prozessen in der baden-  
15 württembergischen Sozialwirtschaft, die das Land ermöglichen muss. Wir wollen beim  
16 Kulturwandel und der Schaffung von technischer Infrastruktur unterstützen und  
17 finanzielle Förderung bereitstellen.

18

## Glasfaser und technische Infrastruktur

19 Digitale Sozialpolitik hat als Grundlage eine verlässliche und stabile Infrastruktur.  
20 Hier führt an einer flächendeckenden Glasfaserinfrastruktur kein Weg vorbei. Ein  
21 Glasfaseranschluss an jedes Haus. Nicht drei, aber auch nicht keins. Das ist die  
22 politische Stoßrichtung der SPD.  
23 Dazu gehört auch der weitere Ausbau von flächendeckenden Mobilfunknetzen, mit 5G und  
24 zukünftig 6G. Auch für belastbare Mobilfunknetze braucht es als technische Grundlage  
25 eine flächendeckende Glasfaserinfrastruktur.  
26 Damit diese Infrastruktur für alle nutzbar ist und bleibt, muss der Zugang zum  
27 Internet bezahlbar sein und bleiben. Hier muss insbesondere bei Transferleistungen  
28 darauf geachtet werden, dass der stabile und schnelle Zugang zum Internet möglich  
29 ist.  
30 Eine wesentliche Voraussetzung für die Digitalisierung des Sozialwesens ist eine  
31 ausreichende technische Infrastruktur sowie deren Wartung. Die Investitionen, die  
32 nötig sind, um die Transformation zu stemmen, lassen sich nicht aus  
33 Leistungsentgelten refinanzieren. Hard-, Software und Prozessoptimierungen kosten  
34 Zeit und Geld. Es braucht eine gesonderte Finanzierung und Förderung für die digitale

35 Transformation der Sozialwirtschaft. Hier sehen wir die zentrale landespolitische  
36 Stellschraube, damit Digitalisierung in der Fläche gelingen kann.

37 Wir wollen in sozialen Einrichtungen und Unterkünften genauso wie an öffentlichen  
38 Plätzen, in Bibliotheken, Bussen und Schwimmbädern öffentliches W-LAN etablieren.

39

#### 40 **Einführung von digitalen Prozessen**

41 In Baden-Württemberg wird Sozialpolitik primär auf der kommunalen Ebene gemacht. Das  
42 stellt Kommunen und Landkreise vor viele Herausforderungen, bei denen diese nicht  
43 allein gelassen werden dürfen. Es darf nicht zu einer digitalen Zersplitterung mit  
44 wenigen Leuchttürmen und Projektförderungen und einer abgehängten Peripherie kommen.  
45 Eine solche Zersplitterung steht unserem erklärten Ziel gleichwertiger  
46 Lebensverhältnisse für alle entgegen.

47 Die Digitalisierung von Prozessen ist oft mit Hoffnungen auf Kostensenkungen und  
48 Effizienzsteigerungen verbunden. Zuerst muss ein Prozess aber überprüft und optimiert  
49 werden. Erst dann ist eine digitale Umsetzung sinnvoll. Hält man sich nicht an dieses  
50 Vorgehen, ist die Gefahr groß, dass viel Geld eingesetzt wird, aber keine  
51 Verbesserung erzielt wird.

52 Prozesse müssen einfach, verständlich und zugänglich sein. Anstatt neue digitale  
53 Barrieren zu errichten, wollen wir mithilfe digitaler Mittel mehr Barrierefreiheit  
54 schaffen.

#### 55 **Einheitliche Kooperationsplattform für soziale Träger**

56 Wir wollen eine einheitliche Landesplattform für alle sozialen Träger gemeinsam mit  
57 diesen entwickeln und einführen. Wir werden eine digitale Kommunikation und  
58 Kooperation zwischen Land, Landkreisen und sozialen Trägern ermöglichen und  
59 erleichtern. Verhindern wollen wir, dass Verwaltungen in Silostrukturen gefangen sind  
60 und kein Austausch zwischen Institutionen stattfindet. Wir wollen durch Netzwerke,  
61 Förderung und Wissenstransfer Träger und Kommunen dabei unterstützen, den Nutzen  
62 digitaler Prozessen zu erkennen. Die Expertise von Leuchttürmen wie dem  
63 Landeskompetenzzentrum Pflege & Digitalisierung BW wollen wir in die Fläche tragen.

64

#### 65 **Datenschutz**

66 Der Schutz personenbezogener Daten jeder und jedes Einzelnen vor unerlaubter  
67 Erhebung, Verarbeitung und Weitergabe ist in einer immer digitaler werdenden Welt von  
68 größter Bedeutung. Zugleich erleben wir, wie Datenschutz immer wieder als Argument  
69 herangezogen wird, um digitale Prozesse und Vereinfachung zu blockieren – auch und  
70 gerade in der Sozialpolitik mit ihren vielen wichtigen personenbezogenen Daten.

71 Für uns ist klar: Datenschutz schützt die Person, nicht das Prinzip. Es braucht ein  
72 kluges, pragmatisches Abwägen zwischen Funktionalität, Datenschutz und Sicherheit.  
73 Wir wollen einen sinnvollen Datenaustausch zwischen Behörden ermöglichen. Zugleich  
74 müssen wir an der digitalen Resilienz unserer Bürgerinnen und Bürger arbeiten: Wir  
75 alle müssen Anpassungs- und Widerstandsfähigkeit gegenüber digitalen  
76 Herausforderungen und Bedrohungen entwickeln. Wir wollen die Dienststelle des  
77 Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit nutzen, um die  
78 Träger der Sozialwirtschaft dabei zu unterstützen, DSGVO-konforme digitale Lösungen

79 zu entwickeln.

80 Dabei können wissenschaftliche Erkenntnisse und offene pseudonymisierte und  
81 anonymisierte Daten durch eine entsprechende Zertifizierung der Öffentlichkeit  
82 bereitgestellt werden. Damit kann die gesamte Bevölkerung von neuen Produkten und  
83 Dienstleistungen profitieren und nicht nur große Unternehmen, die Daten durch ihre  
84 Nutzenden erhalten und neue Produkte monetarisieren.

85

## 86 **Künstliche Intelligenz**

87 Künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen sind der Beginn einer Revolution  
88 unserer Lebensweise, wie wir sie seit Beginn der Industrialisierung nicht erlebt  
89 haben. Denn kaum ein Lebensbereich wird in Zukunft vom Einsatz von KI unberührt  
90 bleiben. Wir müssen als Gesellschaft klären, wann, wo und wie wir Künstliche  
91 Intelligenz nutzen können, aber auch wollen. Auch die Sozialwirtschaft wird hiervon  
92 nicht unberührt bleiben. Künstliche Intelligenz bietet große Chancen. Etwa, wenn es  
93 darum geht, Anträge in der Sozialberatung auszufüllen, organisatorische Aufgaben zu  
94 übernehmen, bei Analysen, dem Monitoring in der Pflege oder einer Echtzeitübersetzung  
95 in der Migrationsberatung. Wir wollen, dass KI in der Sozialwirtschaft Menschen nicht  
96 entmündigt, sondern befähigt, ein eigenständiges Leben zu führen.

97

98 Viele Menschen blicken dennoch auch mit Sorge auf die technologischen Entwicklungen.  
99 Insbesondere Baden-Württemberg als ein zentraler Standort der europäischen KI-  
100 Forschung ist hier in der Verantwortung. Das Land muss dafür Sorge tragen, dass nicht  
101 nur Innovationen vorangetrieben werden. Es muss auch sicherstellen, dass Risiken im  
102 Zusammenhang mit Künstlicher Intelligenz vermieden werden.

103 Damit künstliche Intelligenz in der Sozialwirtschaft erfolgreich Einzug halten kann,  
104 ist die Verwendung einer Vielzahl von Daten aus der Praxis des Sozial- und  
105 Gesundheitswesens erforderlich. Diese könnten etwa anonymisiert und pseudonymisiert  
106 in einer Landesanstalt oder einem Landesamt gesammelt, ausgewertet und einem Open-  
107 Data-Ansatz folgend der Sozialwirtschaft und der Wissenschaft wieder zur Verfügung  
108 gestellt werden.

109

## 110 **Digitale Teilhabe für alle**

111 Wir wollen, dass alle Menschen Teil der digitalen Gesellschaft sind. Hierfür braucht  
112 es individuelle und passende Unterstützung, egal ob analog oder digital.

113 Digitale Angebote sollten nicht die persönliche Begleitung von Menschen ersetzen,  
114 sondern ergänzen. Das gilt vor allem bei besonders vulnerablen Gruppen.

115 Zusätzlich wollen wir die Träger von Weiterbildung, insbesondere die  
116 Volkshochschulen, dabei unterstützen, verständliche und barrierefreie (Weiter-  
117 )Bildungsangebote und Lernmaterialien zur Verfügung zu stellen. Wir stärken die  
118 Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg bei ihrer Aufgabe, Medienkompetenz  
119 zu fördern und damit Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sicherzustellen. Wenn  
120 Verwaltungsdienstleistungen weiterhin analog und zusätzlich digital angeboten werden,  
121 wird dies für die Menschen sowie die Behörden und Organisationen kaum Vorteile und  
122 zusätzliche Bürokratie bringen.

123 Damit alle Menschen auch an der digitalen Gesellschaft teilhaben können, ist es  
124 wichtig, dass staatliche und soziale Einrichtungen die „analoge Schnittstelle“ für  
125 digitale Prozesse bilden. So können Menschen, die keinen Zugang zu digitalen  
126 Prozessen oder Möglichkeiten haben, dabei unterstützt werden, am digitalen Leben  
127 teilhaben zu können. Das erfordert finanzielle Ressourcen und Geduld.

128 Durch digitale Prozesse im Sozialbereich besteht die Chance, dem Fachkräftemangel zu  
129 begegnen, demografische Verschiebungen abzumildern und Qualität zu sichern.

130 Gleichzeitig ist es damit möglich, Menschen zu unterstützen, die bislang wenig Zugang  
131 zu professionellen Leistungen haben.

132 Wir setzen alles daran, einer digitalen Spaltung und einer sozialen Spaltung  
133 entgegenzuwirken. Wir sind überzeugt, dass durch technologischen Fortschritt sozialer  
134 Fortschritt möglich ist.

## Antrag AS02: Mehr Chancen für Beschäftigung und Teilhabe

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Antragskommission:	Annahme in Fassung der Antragskommission
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales

### 1 Mehr Chancen für Beschäftigung und Teilhabe

#### 2 1. Worum geht es in der Arbeitsmarktpolitik auf Landesebene?

3 Arbeitsmarktpolitik bedeutet Respekt und Wertschätzung. Es geht um Chancen und  
4 Perspektiven für die Menschen sowie um Unterstützung und Sicherheit durch einen  
5 starken Sozialstaat. Mit dem Bürgergeld, das seit dem 1. Januar 2023 gilt, hat die  
6 Bundesregierung unter Führung der SPD einen System- und Kulturwechsel in der  
7 Arbeitsmarktpolitik in Deutschland angestoßen und Hartz IV endgültig überwunden. Wir  
8 als SPD Baden-Württemberg streben in diesem neuen Geist auch auf Landesebene einen  
9 politischen Richtungswechsel in der Arbeitsmarktpolitik an. Wir wollen mehr Respekt,  
10 mehr Chancen und mehr Unterstützung für erwerbslose Menschen in Baden-Württemberg.

11 Die grundlegenden Weichen in der Arbeitsmarktpolitik in Deutschland werden vom Bund  
12 gestellt. Die Rolle der Länder in diesem Politikfeld ist freiwillig und ergänzend.

13 Wir als sozialdemokratische Partei sind allerdings überzeugt, dass das Land Baden-  
14 Württemberg im Bereich der Arbeitsmarktpolitik viel mehr tun sollte. In Form eigener  
15 Initiativen und Förderprogramme zur Unterstützung relevanter Zielgruppen kann das  
16 Land die Bundesregelungen zielgerichtet ergänzen und somit seiner Verantwortung für  
17 erwerbslose Menschen in Baden-Württemberg gerecht werden.

18 Aufgrund der Kompetenzverteilungen zwischen Bund und Land ist der Handlungsrahmen der  
19 Länder hierbei allerdings eingeschränkt. Primär beschäftigt sich die  
20 Arbeitsmarktpolitik auf Landesebene daher mit drei Themenkomplexen: Erstens geht es  
21 um die Unterstützung sogenannter „arbeitsmarktferner Arbeitsloser“ (SGB II), die  
22 aufgrund diverser Vermittlungshemmnisse vor großen Schwierigkeiten bei der  
23 Reintegration in den Arbeitsmarkt stehen. Zweitens können die Länder die  
24 Transformation von Arbeitswelt und Gesellschaft gezielt mitbegleiten. Drittens  
25 verfügt das Land über Handlungsspielraum im Bereich der Fachkräftepolitik. In diesem  
26 Papier präsentieren wir unsere Forderungen für den ersten dieser drei Bereiche, also  
27 unsere Ideen, wie das Land Baden-Württemberg gezielt langzeiterwerbslose Personen bei  
28 der Eingliederung in den Arbeitsmarkt und der Teilhabe am Arbeitsleben unterstützen  
29 kann.

30 In Baden-Württemberg leben mehr als 80.000 langzeiterwerbslose Menschen (2021), die,  
31 wenn überhaupt, nur schwer einen Zugang zum Arbeitsmarkt finden. Hierbei handelt es  
32 sich um Menschen, die seit mindestens einem Jahr die Leistungen der Grundsicherung  
33 für Arbeitssuchende nach SGB II beziehen. Diese Zahl ist in der Zeit der Corona-  
34 Pandemie stark angestiegen. Unter den Langzeiterwerbslosen in Baden-Württemberg  
35 befinden sich dabei knapp 65.000 erwerbsfähige Personen. Diese gehören zu einer  
36 Zielgruppe, die mit vielfältigen Problemlagen und persönlichen Schicksalen  
37 konfrontiert ist und deren angestrebte Vermittlung in den Arbeitsmarkt, durch eine  
38 häufig große Distanz zum Arbeitsmarkt erschwert ist. In Baden-Württemberg machen

39 diese Menschen rund ein Drittel aller Arbeitslosen aus.

40 Langzeitarbeitslosigkeit ist für Betroffene nicht allein eine Frage des Geldes.

41 Häufig sehen sich langzeiterwerbslose Menschen auch mit sozialer Ausgrenzung,  
42 psychischen Belastungen oder Identitätskrisen konfrontiert. Darunter leidet in vielen  
43 Fällen auch das familiäre Umfeld. Häufig erhalten Betroffene zu wenig Unterstützung  
44 und verlieren zunehmend die Perspektive für einen beruflichen Neuanfang. Je länger  
45 Arbeitslosigkeit andauert, desto geringer sind die Chancen der Integration in den  
46 Arbeitsmarkt. Dabei handelt es sich in jedem Einzelfall um das persönliche Schicksal  
47 eines Menschen und seiner Familie.

48 Wir als SPD Baden-Württemberg wollen eine Kultur der Unterstützung auf Augenhöhe.  
49 Unser Ziel ist es, die Potentiale von Menschen zu fördern und neue Perspektiven zu  
50 ermöglichen. Daher fordern wir vom Land Baden-Württemberg neue Impulse zur  
51 Eingliederung von Langzeitarbeitslosen und anderen „arbeitsmarktfernen Personen“ in  
52 den Arbeitsmarkt. Damit wollen wir die Arbeitsmarktpolitik des Bundes zielgerichtet  
53 ergänzen. Hierzu gehören Programme zur individuellen Förderung, der Ausbau von  
54 Weiterbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten, gezielte Unterstützung zur  
55 Überwindung gesundheitlicher Probleme sowie die Stärkung des Sozialen Arbeitsmarkts.  
56 Nur so können wir möglichst vielen Langzeitarbeitslosen im Land neue berufliche und  
57 damit auch gesellschaftliche Optionen eröffnen. Vor dem Hintergrund des sich immer  
58 weiter verschärfenden Arbeits- und Fachkräftemangels kann es sich Baden-Württemberg  
59 gar nicht erlauben, auf vorhandene Potenziale zu verzichten. Dafür braucht es endlich  
60 eine Arbeitsmarktpolitik für Baden-Württemberg, die die Herausforderungen  
61 zielgerichtet und nachhaltig angeht.

## 62 **2. Warum braucht es eine neue Arbeitsmarktpolitik für Baden-Württemberg?**

63 Langzeitarbeitslosigkeit gehört zu den zentralen Herausforderungen der Sozial- und  
64 Arbeitsmarktpolitik in Baden-Württemberg. Sowohl zur passgenauen Unterstützung  
65 Betroffener als auch im Angesicht des zunehmenden Fach- und Arbeitskräftemangels im  
66 Land braucht es hier gezielte politische Richtungsweisungen. Die Landesregierung ist  
67 hier im Besonderen gefragt. Ergänzend zur Bundespolitik muss sie ihre Möglichkeiten  
68 nutzen, um gezielt auf die Situation in Baden-Württemberg einzugehen. Doch aktuell  
69 lässt sich keine klare Linie in der Arbeitsmarktpolitik der Landesregierung erkennen.  
70 Durch finanziell schwach aufgestellte Programme mit geringer Planbarkeit wird Grün-  
71 Schwarz seiner Verantwortung für erwerbslose Menschen, den sozialen  
72 Beschäftigungsträgern und dem Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg nicht gerecht.  
73 Dabei hat Baden-Württemberg einst deutschlandweit Maßstäbe für gute  
74 Landesarbeitsmarktpolitik gesetzt. Durch das „Landesprogramm für gute und sichere  
75 Arbeit“, das die sozialdemokratische Arbeits- und Sozialministerin Katrin Altpeter  
76 2014 ins Leben gerufen hat, war Baden-Württemberg auf dem Weg Musterland für  
77 erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik zu werden. Durch landeseigene Aktivitäten und  
78 spezielle Programme wurde hier bestimmte arbeitsmarktpolitische Zielgruppen wie junge  
79 Menschen, Langzeitarbeitslose oder Ältere unterstützt. Die fünf Bausteine des  
80 Programms setzten dabei innovative Maßstäbe, insbesondere der „Passiv-Aktiv-Tausch“  
81 zur Förderung des Sozialen Arbeitsmarkts fand bundesweit Anerkennung und Nachahmung.  
82 Im Kern geht es dabei darum, den sogenannten Regelbedarf und die Unterbringungskosten  
83 stattdessen als Zuschuss für eine Beschäftigung einzusetzen, wodurch der passive  
84 Empfang von Arbeitslosengeld durch aktive Teilhabe am Arbeitsleben ersetzt wird.

85 Mittlerweile wurde dieser „Passiv-Aktiv-Tausch“ auf Bundesebene in ein  
86 Regelinstrument der aktiven Arbeitsmarktpolitik (§ 16i SGB II) überführt.  
87 Diese erfolgreiche Politik wurde von Grün-Schwarz nach dem Regierungswechsel im Jahr  
88 2016 leider nicht fortgesetzt. Das arbeitsmarktpolitische Papier der aktuellen  
89 Landesregierung von Baden-Württemberg nennt sich „Neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt“.  
90 Dabei handelt es sich allerdings nicht um ein auf Dauer angelegtes Programm mit  
91 strukturellem Anspruch und klaren politischen Zielen, sondern vielmehr um eine Reihe  
92 finanziell schlecht ausgestatteter Projektförderungen. Ein Fokus auf die gezielte  
93 Unterstützung klar definierter Zielgruppen ist nicht erkennbar. Den Passiv-Aktiv-  
94 Tausch zur Eingliederung erwerbsloser Menschen in den Sozialen Arbeitsmarkt hat die  
95 Landesregierung bedauerlicherweise auslaufen lassen, ohne Strukturen anderweitig  
96 weiterzudenken und die Potentiale der Landeskompetenzen in diesem Bereich  
97 auszuschöpfen. Stattdessen legt sie den Fokus auf Beratungsangebote zur  
98 Arbeitsmarktintegration, Ideenwettbewerbe und Aufmerksamkeitskampagnen. Unserer  
99 Meinung nach ist das zu wenig.

100 Arbeitsmarktpolitik in Baden-Württemberg ist weder gesetzlich verankert noch  
101 strukturell auf Dauer angelegt. Stattdessen setzt die grün-schwarze Landesregierung  
102 ausschließlich auf Projektfinanzierung. Sowohl das Programm zur  
103 Beschäftigungsförderung und Jugendhilfe (BeJuga), das Bedarfsgemeinschaften mit  
104 minderjährigen Kindern unterstützt, als auch die Arbeitslosenberatungszentren (ALÖZ),  
105 die kostenlose Beratung anbieten, sind nicht langfristig durchfinanziert. Stattdessen  
106 setzt die Landesregierung lediglich auf befristete Förderungen. Den Trägern fehlt  
107 dadurch Planungssicherheit, was sich besonders auf deren Personalsituation negativ  
108 auswirkt. Wir halten das lediglich projektorientierte Vorgehen der grün-schwarzen  
109 Landesregierung im Umgang mit Langzeitarbeitslosigkeit für falsch. Es handelt sich  
110 hier nicht um eine vorübergehende Erscheinung, sondern um ein dauerhaftes  
111 gesellschaftliches Phänomen, das entsprechend dauerhafte politische Lösungen von uns  
112 fordert. Auch in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs und des Arbeitskräftemangels  
113 benötigen viele langzeiterwerbslose Menschen die gezielte Unterstützung des Staates,  
114 Beschäftigung zu finden und am Arbeitsleben teilzuhaben.

115 Wir als SPD Baden-Württemberg wollen daher eine neue Arbeitsmarktpolitik für Baden-  
116 Württemberg. Unsere Forderungen zielen darauf ab, dauerhafte Strukturen zu schaffen,  
117 bewusst den Spielraum des Landes zur Unterstützung von Arbeitslosen zu nutzen und  
118 Bundesregelungen gezielt zu ergänzen.

### 119 **3. Unsere Forderungen für Baden-Württemberg**

120 Im Zentrum unserer Forderungen steht entsprechend der Landeskompetenzen in der  
121 Arbeitsmarktpolitik die Zielgruppe der sogenannten „arbeitsmarktfernen Erwerbslosen“.  
122 Wir wollen Menschen mit besonderem Förderbedarf bei der Eingliederung in den  
123 Arbeitsmarkt unterstützen und ihnen Teilhabe am Arbeitsleben ermöglichen. Unser Fokus  
124 liegt dabei auf der Stärkung des Sozialen Arbeitsmarkts. Denn wir sind überzeugt,  
125 dass der Soziale Arbeitsmarkt nicht nur Betroffenen eine angemessene Form der  
126 Teilhabe am Erwerbsleben ermöglicht, sondern auch zur Stützung der sozialen  
127 Infrastruktur in Baden-Württemberg – vor allem auf kommunaler Ebene – beiträgt.  
128 Erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik geht Hand in Hand mit guter Sozialpolitik.  
129 Beispielsweise Themen wie der Ausbau von Kinderbetreuung, gute ambulante  
130 Pflegeinfrastruktur oder die Inklusion von Menschen mit Behinderung spielen hier eine

131 große Rolle. Unsere sozialpolitischen Grundlinien haben wir im „Sozialen Aufbruch für  
132 Baden-Württemberg“ niedergeschrieben.

133 Zusätzlich zur Dimension des Sozialen Arbeitsmarkts, die in diesem Papier behandelt  
134 wird, hat Landesarbeitsmarktpolitik zudem zwei weitere Ebenen, die an dieser Stelle  
135 jedoch nicht gesondert thematisiert werden: die Transformation der Wirtschaft und der  
136 Arbeitswelt sowie die Fachkräftesicherung. Positionierungen zu diesen Themenbereichen  
137 wollen wir zeitnah erarbeiten.

138 Die Landesarbeitsmarktpolitik für Baden-Württemberg braucht dringend dauerhafte  
139 Strukturen und neue Impulse. Das Land muss seine Spielräume in diesem Bereich nutzen,  
140 um seiner sozial- und wirtschaftspolitischen Verantwortung nachzukommen und  
141 bestehende Regelungen für den baden-württembergischen Kontext gezielt zu ergänzen. Im  
142 Folgenden präsentieren wir unsere Forderungen, um Strukturen zu stärken und zu  
143 verstetigen, Erfolgskonzepte wiederaufleben zu lassen und bestehende Bausteine der  
144 Arbeitsmarktförderung gezielt weiterzuentwickeln.

### 145 **3.1 Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren**

146 Als SPD möchten wir gute sozialversicherungspflichtige Beschäftigung statt  
147 Arbeitslosigkeit fördern. Die grün-schwarze Landesregierung unternimmt hier leider so  
148 gut wie nichts. Dabei stehen mit den Instrumenten des Sozialen Arbeitsmarkts aus §16  
149 SGB II hierfür bereits innovative Instrumente zur Verfügung, die unter  
150 sozialdemokratischer Führung als „Passiv-Aktiv-Tausch“ in Baden-Württemberg erdacht  
151 wurden.

152 Die Grundidee der „sozialen Beschäftigungsförderung“ ist, dass Betroffene einen  
153 staatlich geförderten Arbeitsplatz erhalten. Dieser macht sie unabhängig von  
154 Sozialhilfeleistungen des Staates. So soll „Arbeit statt Arbeitslosigkeit“ finanziert  
155 werden. Hierzu bietet § 16 SGB II besondere Fördermöglichkeiten, die wir in Baden-  
156 Württemberg konsequent nutzen und umsetzen wollen. Damit möchten wir einen Mehrwert  
157 für alle schaffen. Langzeitarbeitslosen ermöglichen wir einen Arbeitsplatz und  
158 dadurch Teilhabe und Partizipation an Arbeitswelt und Gesellschaft. Arbeitgeber\*innen  
159 können das bestehende Arbeitskräftepotenzial mit reizvollen finanziellen Bedingungen  
160 nutzen. Handelt es sich um gemeinwohlorientierte Tätigkeiten (etwa in einem  
161 Sportverein oder bei einer Gemeinde), profitiert zudem die Gesellschaft.

162 Durch Inkrafttreten des Teilhabechancengesetzes können die Jobcenter seit 2019  
163 Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose spezifisch fördern. Hierbei sind insbesondere §  
164 16e SGB II „Eingliederung von Langzeitarbeitslosen“ und § 16i SGB II „Teilhabe am  
165 Arbeitsmarkt“ zu nennen. Wir möchten diese Förderinstrumente auf Landesebene  
166 weiterdenken und weiterentwickeln.

167 Zudem geht es in § 16 SGB II unter anderem auch gezielt um die Schaffung regulärer  
168 Arbeitsplätze, insbesondere in Handwerksbetrieben und im Gesundheitswesen. In  
169 Bereichen, in denen akuter Personalmangel herrscht, sollten hierbei entsprechende  
170 Qualifikationsmöglichkeiten angeboten werden. Hierbei spielen die Industrie- und  
171 Handelskammern sowie die Handwerkskammern in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für  
172 Arbeit eine unterstützende Rolle, um Personalbedarfe zu ermitteln.

173 **Die Gesetzgebung des Bundes sieht eine Reihe an Instrumenten zur Eingliederung von**  
174 **Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt vor:**

175 Mit § 16e SGB II (Eingliederung von Langzeitarbeitslosen) können Arbeitgeber\*innen

176 mit einem zweijährigen Lohnkostenzuschuss gefördert werden, wenn diese Menschen  
177 einstellen, die seit mindestens zwei Jahren arbeitslos sind. Dabei beträgt der  
178 Lohnkostenzuschuss im ersten Jahr der Förderung 75% des berücksichtigungsfähigen  
179 Arbeitsentgelts und 50% im zweiten Förderjahr. Die Regelungen in § 16i SGB II  
180 unterstützen zudem Träger\*innen von Maßnahmen und Arbeitgeber\*innen in Form eines  
181 Lohnkostenzuschusses, wenn diese Menschen einstellen, die seit sechs Jahren im  
182 Leistungsbezug sind. Der Lohnkostenzuschuss wird hierbei für bis zu fünf Jahre  
183 gewährt. Er beträgt in den ersten beiden Förderjahre 100% des  
184 berücksichtigungsfähigen Arbeitsentgelts, im dritten Jahr 90%, im vierten Jahr 80%  
185 und im fünften Jahr 70%. Hierfür wurde der Eingliederungstitel der Jobcenter um etwa  
186 eine Milliarde Euro pro Jahr erhöht. Zugleich bildet der Passiv-Aktiv-Transfer  
187 (Bundes-PAT) beim Bund eine mögliche zweite Finanzierungssäule der geförderten  
188 Beschäftigung nach §16i SGB II.

189 **Wir wollen diese Regelungen gezielt ergänzen und mit Landesmitteln zusätzlich**  
190 **unterstützen:**

191 Wir fordern, dass das Land Baden-Württemberg für Maßnahmen nach § 16i SGB II eine  
192 Sachkostenpauschale finanziert und in der Degressionsphase den Lohnkostenzuschuss im  
193 fünften Jahr von 70% auf 75% aufstockt. Unser erklärtes Ziel dabei ist es, die  
194 Kommunen zu Partnern zu machen und den Erfolg der Maßnahmen durch Unterstützung der  
195 lokalen Ebene zu sichern. Daher soll die Landesförderung an eine zusätzliche  
196 Aufstockung des Lohnkostenzuschusses durch die Kommunen auf insgesamt 80% geknüpft  
197 werden.

198 Um die Dauerhaftigkeit von Arbeitsplätze zu fördern und den Übergang in den ersten  
199 Arbeitsmarkt zu unterstützen, möchten wir zudem, dass das Land im Rahmen einer  
200 Prämienzahlung Zuschüsse zu den Projektförderungen gewährt:

201 Wir fordern, dass bei Maßnahmen nach § 16e SGB II bei Arbeitgeber\*innen des ersten  
202 Arbeitsmarkts eine einmalige Prämie in Höhe von maximal 3000 Euro pro Arbeitsplatz  
203 für die geleistete Integrationsarbeit gewährt werden, wenn das Arbeitsverhältnis 12  
204 Monate bestanden hat.

205 Bei Maßnahmen nach § 16i SGB II bei gemeinnützigen oder kommunalen Arbeitgeber\*innen  
206 soll zudem für die Bereitstellung geeigneter Arbeitsplätze eine Prämie in Höhe von  
207 maximal 3.000 Euro pro Arbeitsplatz und Jahr gewährt werden, wenn der Arbeitsvertrag  
208 für mindestens fünf Jahre abgeschlossen wird.

209 Wir wollen darüber hinaus, dass gemeinnützigen Arbeitgeber eine einmalige  
210 Erfolgsprämie in Höhe von maximal 6.000 Euro gewährt wird, wenn nachweislich eine  
211 Integration von Beschäftigten aus dem SGB-II-Leistungsbezug auf dem ersten  
212 Arbeitsmarkt erfolgen konnte und spätestens nach sechs Monaten keine SGB-II-  
213 Leistungen mehr bezogen werden.

214 Die Prämien werden aus dem Landeshaushalt finanziert und gegebenenfalls durch Gelder  
215 aus dem Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) der Europäischen Union ergänzt.

216

217 **Die Regelungen des Bundes sehen zudem Möglichkeiten zur Teilhabe besonders**  
218 **arbeitsmarktferner Personen vor:**

219 Die Grundidee dabei ist, dass Langzeitarbeitslose einen staatlich geförderten

220 Arbeitsplatz erhalten, der sie unabhängig von Sozialhilfeleistungen macht. Dies ist  
221 nach § 16e SGB II dann möglich, wenn arbeitsmarktferne Langzeitarbeitslose trotz  
222 Unterstützung bei der Vermittlung durch die Jobcenter bereits seit zwei Jahren  
223 arbeitslos sind.

224 **Auch dieses Instrument wollen wir auf Landesebene stärken:**

225 Wir möchten, dass das Land Baden-Württemberg darüber hinaus die Förderung von  
226 Arbeitsverhältnissen nach § 16e SGB II mit gemeinwohlorientierten Tätigkeiten im  
227 öffentlichen Sektor auch mit landeseigenen Mitteln fördert.

228 Zudem möchten wir, dass Betroffene in sogenannter öffentlich-geförderter  
229 Beschäftigung arbeiten können. Dabei bekommen der Arbeitgeber ergänzend zu den  
230 Leistungen nach § 16e SGB II Zuschüsse des Landes. Zuwendungsfähig soll demnach das  
231 Gesamtbruttoentgelt des geförderten Arbeitnehmenden sein, sowie die  
232 Sozialversicherungsbeiträge des Arbeitgebers (bei einem Pauschalsatz von 20,4% des  
233 Gesamtbruttolohns). Das Land soll dabei 90% der verbleibenden Kosten tragen, wenn die  
234 restlichen 10% von der kommunalen Ebene beigesteuert werden. Wir wollen die Kommunen  
235 zu Partner machen, um sicherzustellen, dass diese Maßnahmen vor Ort Unterstützung  
236 erfahren. So können Langzeitarbeitslose im öffentlichen Interesse liegenden  
237 wettbewerbsneutralen Tätigkeiten im Sinne von § 16d SGB II übernehmen, beispielsweise  
238 in Sportvereinen, im Sozialbereich oder in der kommunalen Grünflächenpflege. Dadurch  
239 schaffen wir einen Mehrwert für Langzeitarbeitslose, die in Arbeit kommen, für die  
240 Gesellschaft, die aktiv von dieser Arbeit profitiert, und für gemeinwohlorientierte  
241 Arbeitgeber, die mit zunehmendem Arbeitskräftemangel kämpfen.

242 Zur Sicherstellung guter und fairer Arbeit sind die Förderung der Projekte bzw.  
243 Beschäftigungsträger des sozialen Arbeitsmarkts an folgende Bedingungen zu knüpfen:  
244 Erstens müssen reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mit  
245 den Betroffenen geschlossen werden. Zweitens sollte die Entlohnung in Anlehnung an  
246 das tarifliche Niveau der jeweiligen Branche erfolgen, um Unterbietungswettbewerb  
247 beispielsweise gegenüber regulären Handwerksbetrieben bzw. dem öffentlichen Dienst zu  
248 unterbinden. Drittens wollen wir, auch angesichts der vielen freien Stellen und dem  
249 grassierenden Fachkräftemangel auf dem Arbeitsmarkt, am Ziel der Eingliederung von  
250 Betroffenen in den regulären Arbeitsmarkt festhalten. Beschäftigungen im sozialen  
251 Arbeitsmarkt sollten deshalb wo möglich mit Qualifizierung und Vermittlung verbunden  
252 werden.

253 Für die Gruppe besonders arbeitsmarktferner Menschen, die zwar dem Grunde nach  
254 erwerbsfähig sind, aufgrund ihrer Einschränkungen aber (noch) keine Perspektive auf  
255 eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben (und daher für eine Förderung  
256 nach § 16i / 16e nicht in Frage kommen), braucht es zudem Fördermöglichkeiten von  
257 Beschäftigungsangeboten zur beruflichen Teilhabe, beispielsweise Integrationsjobs mit  
258 Mehraufwandsentschädigung und einer Regiekostenpauschale für die Träger.

259 **3.2 Arbeitslosenberatungszentren in die Fläche bringen**

260 Wir wollen die bereits vorhandenen Strukturen der baden-württembergischen  
261 Arbeitslosenberatungszentren (ALÖZ) stärken. Die zwölf ALÖZ im Land haben als  
262 unabhängige Beratungsstellen mit barrierearmen Angeboten für besonders  
263 „arbeitsmarktferne“ bzw. benachteiligte Personen einen besonderen Stellenwert. Die  
264 Zentren sind hierbei nicht nur als arbeitsmarktpolitisches Instrument von großer

265 Bedeutung, sondern auch als soziale Schnittstelle für die Betroffenen, da hier durch  
266 den persönlichen Kontakt und das niederschwellige Angebot zielgenau auf die Menschen  
267 und ihre individuellen Nöte und Bedürfnisse eingegangen werden kann.

268 Gerade diesen befähigenden Charakter möchten wir als SPD in Zukunft stärken.  
269 Einerseits möchten wir die ALOZ flächendeckend ausbauen und so für alle betroffenen  
270 Menschen Anlaufstellen schaffen möchten. Andererseits wollen wir die ALOZ in ihrer  
271 Ausstattung stärken und den Trägern größere Gestaltungsfreiräume einräumen. Hierbei  
272 soll insbesondere die digitale Ausstattung gefördert werden, damit eine zeitgemäße  
273 Begleitung und Betreuung der Betroffenen sichergestellt werden kann.

274 Die Verstetigung der Finanzierung der ALOZ soll zudem ein kontinuierliches Arbeiten  
275 ermöglichen, das bei der aktuell kurzfristig angelegten Projektförderung nur schwer  
276 möglich ist. Die Regelungen in § 17 SGB II (Einrichtungen und Dienste für Leistungen  
277 zur Eingliederung) und § 18 SGB II (Örtliche Zusammenarbeit) werden in diesem Kontext  
278 bewusst einbeziehen, um das Konzept der ALOZ in Baden-Württemberg zielgerichtet  
279 weiterzuentwickeln.

### 280 **3.3 Beschäftigungsförderung und Jugendhilfe dauerhaft verbinden**

281 Langzeitarbeitslose sehen sich besonderen Schwierigkeiten beim Einstieg oder  
282 Wiedereinstieg in das Erwerbsleben ausgesetzt. Wenn in Bedarfsgemeinschaften Kinder  
283 und Jugendliche betroffen sind, hat dies schwerwiegende Folgewirkungen für die  
284 Gesellschaft und die Betroffenen. Die Entwicklungschancen von Kindern, die im Kontext  
285 von Erwerbslosigkeit und Armut aufwachsen, sind wesentlich beeinträchtigt. Kinder aus  
286 Familien im Sozialleistungsbezug werden im späteren Leben häufiger ebenfalls  
287 sozialhilfeabhängig.

288 Seit Juli 2017 fördert das Land Baden-Württemberg daher mit dem Projekt  
289 „Beschäftigungsförderung und Jugendhilfe gemeinsam anpacken“ (BeJuga) an 22  
290 Projektstandorten die qualitative und quantitative Vernetzung zwischen  
291 Beschäftigungsförderung und Jugendhilfe. BeJuga zielt dabei darauf ab,  
292 langzeitarbeitslose Bedarfsgemeinschaften mit mindestens einem minderjährigen Kind  
293 einen niederschweligen Zugang zu weiterführenden Beratungs-, Betreuungs- und  
294 Beschäftigungsangeboten zu ermöglichen. An den Projektstandorten arbeiten  
295 qualifizierte Ansprech- und Vertrauenspersonen mit den Familien zusammen. Seit 1.  
296 Juli 2022 hat die Landesregierung das Programm um zehn weitere Modellregionen auf nun  
297 32 erweitert.

298 Durch dieses Angebot wird die Gesamtsituation von Familien im Hinblick auf  
299 Erwerbsbeteiligung analysiert, evaluiert und gestärkt. Das halten wir für einen  
300 wichtigen Ansatz, den wir stärken möchten. Wir wollen das Programm BeJuga daher  
301 flächendeckend in allen Kreisen ausbauen. Das Fördervolumen beträgt aktuell pro  
302 Standort 75.000 Euro pro Jahr, insgesamt beläuft sich die Förderung bei 32 Standorten  
303 daher auf 2,4 Millionen Euro pro Jahr. Wir möchten, dass es in jedem der 44 Stadt-  
304 und Landkreise in Baden-Württemberg einen BeJuga Standort gibt. Die Fördersumme muss  
305 dabei aufgrund eingetretener Kostensteigerungen angepasst werden. Außerdem fordern  
306 wir die Weiterentwicklung von BeJuga zu einem ganzheitlichen,  
307 institutionenübergreifenden Regelförderinstrument in Baden-Württemberg für Familien  
308 zur Teilhabe in der Erwerbsgesellschaft.

### 309 **3.4 Teilzeitausbildung stärken**

310 Eine qualifizierte und hochwertige Berufsausbildung ist eine der wichtigsten  
311 Voraussetzungen für die Integration in den Arbeitsmarkt. Deshalb bleibt die SPD bei  
312 ihrer Forderung, allen jungen Menschen eine Ausbildung zu garantieren, denn trotz  
313 freier Ausbildungskapazitäten bleiben jährlich viele tausend junge Menschen ohne  
314 Ausbildungsplatz. Dem darf das Land nicht weiter tatenlos zusehen. Besonders Menschen  
315 mit Familienverantwortung haben es aber oftmals schwer, eine Berufsausbildung zu  
316 realisieren. In dieser Situation bietet eine Ausbildung in Teilzeit Eltern und  
317 pflegenden Angehörigen neue Wege, um erfolgreich in den Beruf einzusteigen. Zudem  
318 eröffnet diese Ausbildungsform auch Unternehmen die Chance, dem wachsenden  
319 Fachkräftebedarf zu begegnen und Auszubildende zu gewinnen.

320 Bereits seit 2005 ist laut Berufsbildungsgesetz (BBiG) eine Teilzeitausbildung  
321 möglich. Durch die Neuregelungen des BBiG aus dem Jahr 2020 wurde die Möglichkeit  
322 einer Teilzeitausbildung nochmals gestärkt. Voraussetzung für eine Ausbildung in  
323 Teilzeit ist lediglich der gemeinsame Antrag von Auszubildenden und Ausbildenden auf  
324 Verkürzung der Arbeitszeit.

325 In der Praxis zeigt sich jedoch, dass die Möglichkeit einer Ausbildung in Teilzeit  
326 noch viel zu wenig bekannt ist. Das Netzwerk Teilzeitausbildung Baden-Württemberg  
327 informiert bereits landesweit über die Möglichkeit zur Teilzeitausbildung und fördert  
328 die Umsetzung und Verbreitung der Teilzeitausbildung in Baden-Württemberg. Hierfür  
329 erhält das Netzwerk einen jährlichen finanziellen Zuschuss von 100.000 Euro vom  
330 Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg.

331 Diesem Mangel an Bekanntheit sowohl bei den Unternehmen als auch bei den potentiellen  
332 Auszubildenden und sogar bei einigen Beratungsstellen möchten wir entgegenzutreten. Aus  
333 unserer Sicht ist daher eine landesweit angelegte Kampagne zur Erhöhung der  
334 Bekanntheit der Teilzeitausbildung notwendig. Vergleichbare Kampagnen sind aktuell in  
335 Nordrhein-Westfalen ([www.ausbildung-in-teilzeit.nrw](http://www.ausbildung-in-teilzeit.nrw)) und in Hessen  
336 ([www.teilzeitausbildung.de](http://www.teilzeitausbildung.de)) gestartet worden.

337 Außerdem sollten etwa auch Ministerien und Landesbetriebe mehr auf die Möglichkeiten  
338 einer Ausbildung in Teilzeit aufmerksam machen, etwa bei Stellenausschreibungen, die  
339 sich an Auszubildende richten. Diese könnten den Zusatz tragen „Die Ausbildung ist  
340 auch in Teilzeit möglich“.

### 341 **3.5 Assistierte Ausbildung weiterentwickeln**

342 Mit dem Programm „Assistierte Ausbildung für Berufe in der Pflegehilfe und  
343 Alltagsbetreuung“ (APA), das vom Land Baden-Württemberg und aus Mitteln des  
344 Europäischen Sozialfonds Plus finanziert wird, werden junge Menschen mit Förderbedarf  
345 beim Berufseinstieg in die Pflege unterstützt. Im Pflegebereich besteht ein großer  
346 Fachkräftemangel. Gleichzeitig gibt es junge Menschen, die gerne einen Pflegeberuf  
347 erlernen möchten, aber Unterstützung bei der entsprechenden Ausbildung benötigen. APA  
348 schafft hier Abhilfe.

349 Neben einer Vorbereitungsphase, in der die Teilnehmenden sich einen Überblick über  
350 die verschiedenen Pflege- und Betreuungsberufe verschaffen können und ein  
351 Bewerbungstraining erhalten, werden die jungen Menschen bei der Suche nach einem  
352 Ausbildungsplatz in einer Einrichtung unterstützt. In einer zweiten Phase beginnt die  
353 Ausbildung. Während dieser Zeit stehen den Auszubildenden sozialpädagogische  
354 Ansprechpartner zur Seite. Falls erforderlich, können die Teilnehmenden auch

355 Förderunterricht einschließlich Sprachförderung erhalten. Darüber hinaus können auch  
356 die ausbildenden Einrichtungen unterstützt werden.

357 Dieses Angebot möchten wir als SPD weiter ausbauen und fördern. Wir möchten die Zahl  
358 der 12 geförderten Projekte in Baden-Württemberg massiv erhöhen und in jedem  
359 Landkreis Baden-Württembergs möglich machen, zudem werden wir die Betreuung der  
360 Auszubildenden durch sozialpädagogische Kräfte stärken. Auch Vollausbildungen  
361 insbesondere in Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialberufen müssen begleitet werden  
362 können.

363 Auch mit Blick auf Zielgruppen der Jugendsozialarbeit sind weitere Förderprogramme zu  
364 entwickeln. Gezielte, arbeitsweltbezogene Hilfen existieren hier so gut wie nicht,  
365 wären aber dringend angezeigt. Viele junge Menschen haben über die bestehenden  
366 Regelförderungen keine Chancen auf den Einstieg in Ausbildung und Beruf, weshalb es  
367 Programme zur niedrigschwelligen Förderung junger Menschen beim Einstieg in  
368 Ausbildung und Beruf entsprechend den Möglichkeiten und Standards der  
369 Jugendsozialarbeit / Jugendhilfe braucht. Hierzu zählen auch jugendspezifische  
370 Beschäftigungsangebote beispielsweise im Rahmen von offener Jugendarbeit und anderen  
371 jugendkulturell adäquaten Settings mit sozialpädagogischer Begleitung.

### 372 **3.6 Stärkung der Strukturen**

373 Die Vorschläge der SPD Baden-Württemberg zur Stärkung des Landesarbeitsmarkts wurden  
374 in einem breiten Beteiligungsprozess mit den wesentlichen Akteur:innen aus  
375 Gewerkschaften, Sozialverbänden und Trägern erarbeitet. Die SPD ist der festen  
376 Überzeugung, dass die verschiedenen Maßnahmen für mehr Beschäftigung und Teilhabe  
377 sorgen, und wird im Schulterschluss mit den verschiedenen Beteiligten daher konkrete  
378 Umsetzungsvorschläge auf den Tisch legen. Dazu gehört auch eine echte und  
379 auskömmliche strukturelle Förderung der gemeinnützigen Trägerstrukturen in der  
380 Beschäftigungsförderung, ohne die eine Etablierung dauerhafter und verlässlicher  
381 Strukturen für den sozialen Arbeitsmarkt im Land nicht möglich ist. Die SPD will die  
382 Potenziale der Träger auch dahingehend nutzen, dass finanzielle Möglichkeiten  
383 geschaffen werden, um besonders innovative Projekte im Bereich Beschäftigung und  
384 Qualifizierung für langzeitarbeitslose Menschen zu unterstützen. Gerade die  
385 verschiedenen Träger mit ihren vielfältigen Erfahrungen sind besser in die  
386 Landesarbeitsmarktpolitik einzubinden.

## Antrag AS08: Budget für Arbeit auch in Baden-Württemberg umsetzen

Antragsteller*in:	Selbst Aktiv Baden-Württemberg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Antragskommission:	Annahme in Fassung der Antragskommission
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales

### 1 **Budget für Arbeit auch in Baden-Württemberg umsetzen**

2 Das Budget für Arbeit ist das wichtigste Instrument zur Inklusion von Personen aus  
3 Werkstätten für Menschen mit Behinderungen (WfbM) auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt.  
4 Das Land Baden-Württemberg setzt dieses Instrument bis heute kaum oder gar nicht ein.  
5 Die Fraktion der SPD im Landtag von Baden-Württemberg soll sich bei der  
6 Landesregierung für die Umsetzung des Budgets beim KVJS/Integrationsamt einsetzen.

7

8 Das Budget für Arbeit wurde ursprünglich 2006 in Rheinland-Pfalz unter der  
9 Sozialministerin Malu Dreyer modellhaft eingeführt. Aufgrund seines Erfolges wurde es  
10 anschließend erfolgreich in weiteren Bundesländern erprobt. Mit dem  
11 Bundesteilhabegesetz (BTHG) wurde das Budget für Arbeit im Januar 2018 auch als  
12 bundesweit gültiges Leistungsangebot für Menschen mit Behinderungen eingeführt.

13

14 Im Gegensatz zu den meisten anderen Bundesländern hat Baden-Württemberg ein eigenes  
15 Programm zur Förderung von Menschen aus WfbMs entwickelt und verzichtet größtenteils  
16 auf die Nutzung des Budgets für Arbeit, das hier in das Förderprogramm Arbeit  
17 Inklusiv als Teil 2 integriert wurde.

18

19 Wir wollen, dass viele Menschen die Werkstätten verlassen. Das ist nur möglich wenn  
20 das Integrationsamt seine kritische Haltung, die nicht nachvollziehbar ist, endlich  
21 aufgibt.

## Antrag AUS03: Vollständige Unterstützung der Iranischen Revolution

Antragsteller*in:	KV Heidelberg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Antragskommission:	Annahme in Fassung der Antragskommission
Sachgebiet:	AUS - Außen- und Sicherheitspolitik

### 1 **Vollständige Unterstützung der Iranischen Revolution**

2 Die SPD steht auf der Seite der iranischen Bevölkerung im Kampf gegen das  
3 terroristische Mullah-Regime. Wir fordern die Bundesregierung auf, die iranische  
4 Bevölkerung im Kampf gegen den Terror der Islamischen Republik, zu unterstützen und  
5 die aktuelle Regierung als menschenverachtendes Regime vollständig zu isolieren:

6

7 Wir fordern:

- 8 • Gespräche ab sofort mit der Opposition und zivilgesellschaftlichen Kräften
- 9 • die Auflistung der IRGC in der europäischen Terrorliste
- 10 • Den Schutz aller Exil-Iraner\*innen auf deutschem Boden
- 11 • Anlaufstellen müssen Iraner\*innen schützen, statt diese zu bitten, ihre  
12 demokratischen Rechte in Deutschland nicht wahrzunehmen und weniger aktiv zu  
13 sein. Der BND, Verfassungsschutz und Staatsschutz müssen hier aktiv werden. Die  
14 Beweislast kann nicht bei den Bürgerinnen liegen.
- 15 • Keine Vergabe von Aufenthaltstiteln an Regierungsmitglieder
- 16 • Einsatz der Bundesregierung für einen Stopp des Waffenhandels durch Drittstaaten  
17 an die Islamische Republik
- 18 • Schließung aller Zentren, die von der Islamischen Republik gesteuert werden
- 19 • Unterstützung der iranischen Bevölkerung bei der Iranischen Revolution

## Antrag B03: Französisch

Antragsteller*in:	KV Ortenau
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Antragskommission:	Annahme in Fassung der Antragskommission
Sachgebiet:	B - Bildung

### 1 **Französischunterricht in der Grenzregion stärken**

2 Der Landesparteitag möge beschließen, den Landesvorstand damit zu beauftragen, sich  
3 dafür einzusetzen, dass im Grenzbereich zu Frankreich

4

5 • weiterhin Französisch als Fremdsprache in der Grundschule unterrichtet wird,

6

7 • Französisch in allen weiterführenden Schulen als Fremdsprache wählbar ist

## Antrag B04: Fehlende Lehrerwochenstunden in Budget umwandeln

Antragsteller*in:	KV Freiburg
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	B - Bildung

- 1 **Fehlende Lehrerwochenstunden in Budget umwandeln**
- 2 Die SPD Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, dass für Schulen, an welchen durch
- 3 die Schulaufsichtsbehörden keine 100% Versorgung mit Lehrkräften erreicht werden
- 4 kann, die fehlenden Stunden in Budgetmittel umgewandelt werden können.
- 5 Schulleitungen können dieses ihnen zustehende und somit zur Verfügung gestellte
- 6 Budget in Eigenregie zur Deckung der Bedarfe der Schulgemeinschaft einsetzen.

## Antrag EU01: Unser Europa: stark, sozial, demokratisch

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Antragskommission:	Annahme in Fassung der Antragskommission
Sachgebiet:	EU - Europa

### 1 **Unser Europa: stark, sozial, demokratisch**

2 Zeitenwende, Corona-Pandemie, Brexit – unser Europa ist heute ein anderes als noch  
3 zur letzten Europawahl. Doch die Europäische Union hat sich im Angesicht all dieser  
4 Herausforderungen behauptet. Geeint stehen wir an der Seite der Ukraine, gemeinsam  
5 sind wir beispiellose Schritte zur Bewältigung der Pandemie gegangen und wir haben  
6 uns auch in den Austrittsverhandlungen mit Großbritannien nicht auseinandertreiben  
7 lassen. International setzen wir Standards für Verbraucherschutz und bei der  
8 Regulierung digitaler Konzerne, wir sind weltweit Vorreiter im Kampf gegen die Klima-  
9 und Biodiversitätskrise und für viele Unterdrückte und Verfolgte ein Symbol für  
10 Freiheit und Demokratie.

11

12 Gleichzeitig stehen wir aber auch vor gewaltigen Herausforderungen – von den  
13 erstarkenden politischen Rechtsextremen im Innern bis zu sich wandelnden  
14 internationalen Machtverhältnissen im Äußeren. Als Europapartei ist für uns klar,  
15 dass sich all das nur gemeinsam bewältigen lässt. Kein Land Europas ist stärker  
16 allein, Nationalismus und Abschottung sind keine Lösung.

17

18 Baden-Württemberg steht nicht nur geographisch im Zentrum des europäischen Projekts.  
19 Wirtschaftlich, kulturell und für viele auch persönlich ist die Europäische Union für  
20 die Zukunft unseres Bundeslands nicht wegzudenken. Als SPD Baden-Württemberg setzen  
21 wir uns auch deshalb weiter entschlossen für die Integration Europas ein. Dabei  
22 behalten wir unser Ziel klar im Blick: Als deutsche Sozialdemokratie stehen wir seit  
23 bald einem Jahrhundert für die Vereinigten Staaten von Europa und werden uns auch in  
24 Zukunft für ihre praktische Verwirklichung einsetzen.

25

### 26 **Eine starke europäische Demokratie für eine wachsende Union**

27 Europa ist ein Demokratieprojekt. Unsere gemeinsamen Werte sind Basis für die  
28 europäische Integration. Für viele Menschen weltweit ist Europa Vorbild und Hoffnung.  
29 Der Kampf der Ukraine gegen den russischen Aggressor und für eine Zukunft in der  
30 Europäischen Union ist dafür das jüngste und eindrucksvollste Beispiel. Die  
31 Europäische Union ist für viele ein Leuchtturm in einer Welt, in der immer mehr  
32 Menschen in autokratischen oder teil-autokratischen Staaten leben. Demokratie und  
33 Rechtsstaatlichkeit zu fördern und zu schützen ist deshalb eine andauernde Aufgabe –  
34 international, aber vor allem auch in Europa.

35

36 Denn auch in der EU werden Demokratie und Rechtsstaatlichkeit immer öfter und immer

37 härter angegriffen. Die erstarkende Rechte kämpft gegen die Presse- und  
38 Meinungsfreiheit, eine unabhängige Justiz und den Schutz von Minderheiten. Dem  
39 wirksam zu begegnen, stellt zurzeit die größte innenpolitische Herausforderung auf  
40 unserem Kontinent dar. Für uns ist klar: demokratische Standards sind nicht  
41 verhandelbar. Der Konditionalitätsmechanismus, nach dem seit 2020 das Ausschütten von  
42 EU-Haushaltsmitteln von der Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit im jeweiligen  
43 Mitgliedstaat abhängig gemacht werden kann, war dabei ein entscheidender Schritt.  
44 Dieses Instrument muss konsequent eingesetzt und weiter ausgebaut werden: Setzt ein  
45 Mitgliedstaat die Verletzung von Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit fort, muss die  
46 Kommission das Recht erhalten, die Regionalmittel für den entsprechenden  
47 Mitgliedstaat direkt zu verwalten. Sie könnte diese Mittel damit direkt an Kommunen,  
48 Zivilgesellschaft und Unternehmen auszahlen und so den europäischen Zusammenhalt  
49 stärken ohne autoritäre Regierungen zu finanzieren.

50

51 Eine starke Europäische Union braucht starke Kommunen. Denn es sind die Gemeinden,  
52 Städte und Landkreise, in denen die europäische Demokratie täglich erfahrbar wird.  
53 Ihre Einbindung in die Politik Europas wollen wir deshalb stärken und die kommunale  
54 Ebene stärker im europäischen Gesetzgebungsprozess berücksichtigen. Insbesondere in  
55 Baden-Württemberg sind die Erfahrungen und Bedürfnisse aus der grenzüberschreitenden  
56 Zusammenarbeit zu nutzen. Denn der grenzüberschreitende Raum ist der Erfahrungsraum  
57 und Labor für ein Europa ohne Grenzen. Das braucht allerdings die richtigen  
58 politischen Rahmenbedingungen aus Brüssel, Berlin und Stuttgart.

59

60 Nach der Konferenz zur Zukunft Europas wollen wir mit den Bürgerinnen und Bürgern vor  
61 Ort im Dialog bleiben – insbesondere auch mit Kindern, Jugendlichen und jungen  
62 Erwachsenen -, um ihnen die Bedeutung der Europäischen Union für ein friedliches und  
63 solidarisches Zusammenleben in Europa zu vermitteln sowie ihre Vorstellungen und  
64 Wünsche für die Weiterentwicklung der EU aufzunehmen und mit in die parlamentarische  
65 Arbeit einfließen zu lassen. Wir wollen das Wissen über die Europäische Union noch  
66 stärker im Schulunterricht verankern. Die Bildungspläne sollen dabei so verändert  
67 werden, dass sie bei Kindern und Jugendlichen Interesse wecken und ein Bewusstsein  
68 für die europäische Identität schaffen. Den Jugendaustausch und die  
69 Städtepartnerschaften zwischen den EU-Mitgliedsländern wollen wir noch mehr fördern.  
70 Die europäische Idee muss für die Menschen vor Ort in den Städten und Gemeinden in  
71 Baden-Württemberg erfahrbar sein und gelebt werden.

72

73 Unsere Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit ist mehr, nicht weniger  
74 europäische Integration. Deshalb wollen wir auch unsere EU-Institutionen stärken und  
75 weiter demokratisieren. Die letzte Reform der europäischen Verträge liegt mehr als 15  
76 Jahre zurück. Nicht zuletzt mit Blick auf die Erweiterung der Union, müssen wir  
77 unsere Institutionen fit für die Zukunft machen. Wir wollen deshalb einen neuen  
78 Anlauf für eine europäische Verfassung nehmen und dafür einen Europäischen Konvent  
79 einberufen. Die Charta der Grundrechte muss dabei im Zentrum der Verfassung stehen.  
80 Wir wollen diese Grundrechte uneingeschränkt für und in allen Mitgliedstaaten bindend  
81 machen. Vergleichbar mit der Verfassungsbeschwerde sollen diese Rechte für  
82 Bürgerinnen und Bürger vor dem Europäischen Gerichtshof einklagbar werden.

83

84 Das Europäische Parlament ist das Herzstück der europäischen Demokratie. Seine  
85 Stärkung ist deshalb zentral für die weitere Integration Europas. Anders als bisher  
86 soll das Parlament ein Initiativrecht erhalten und damit auch selbst  
87 Gesetzesvorschläge machen können. Auch das Recht für das Vorschlagen und Wählen der  
88 Kommissionspräsidentschaft soll in Zukunft beim Europäischen Parlament liegen. So  
89 stärken wir die Rolle der Volksvertretung bei der personellen Besetzung der anderen  
90 EU-Institutionen. Als Königsrecht eines jeden Parlaments soll auch das Europäische  
91 Parlament das alleinige Haushaltsrecht erhalten und damit über die Verteilung der  
92 finanziellen Mittel der Union entscheiden. Wir wollen außerdem die Mitwirkungsrechte  
93 der Abgeordneten stärken und im Falle deren Verletzung ein Verfahren vor dem  
94 Europäischen Gerichtshof ermöglichen. Bei den Europawahlen wollen wir den Grundsatz  
95 der Wahlgleichheit stärken und dafür transnationale Listen einführen. Zunächst können  
96 die aktuell unbesetzten 46 Parlamentssitze länderübergreifend besetzt werden.  
97 Anschließend wollen wir den transnationalen Sitzanteil nach und nach ausweiten.

98

99 Die Europäische Kommission wollen wir zu einer echten europäischen Regierung  
100 ausbauen. Dazu gehört auch, das Repräsentationsprinzip im Kollegium der Kommission  
101 abzuschaffen und Ressorts so zuzuschneiden, dass es fachlich Sinn ergibt. Den Rat der  
102 Europäischen Union wollen wir zu einer ordentlichen zweiten Parlamentskammer  
103 ausbauen. Seine Sitzungen sollen in Zukunft genauso wie die des Parlaments öffentlich  
104 stattfinden. Einstimmige Entscheidungen wollen wir im Rat durch Entscheidungen mit  
105 qualifizierter Mehrheit ersetzen, insbesondere in Fragen der gemeinsamen Außen- und  
106 Sicherheitspolitik. Für die Einhaltung der Grundwerte der Union in den  
107 Mitgliedstaaten wollen wir wirksame Instrumente schaffen. Die Feststellung einer  
108 Verletzung dieser Grundwerte im Rahmen des Artikel 7-Verfahrens soll deshalb in  
109 Zukunft auch mit qualifizierter Mehrheit möglich sein.

110

111 Weitere Integration und Erweiterung gehen für uns Hand in Hand. Mit einer  
112 abgeschlossenen Verfassungsreform, insbesondere dem Abschaffen des  
113 Einstimmigkeitsprinzips auch in Fragen der Rechtstaatlichkeit, ist die EU bereit für  
114 weitere Beitritte. Gegebene Versprechen zum EU-Beitritt müssen eingehalten werden.  
115 Das ist nicht nur eine Frage unserer Glaubwürdigkeit, sondern liegt auch in unserem  
116 gemeinsamen Interesse. Den Versprechen müssen deshalb rasch auch Taten folgen. Das  
117 gilt insbesondere für die Staaten des Westbalkans, denen ein Beitritt vor den neuen  
118 Beitrittskandidaten Ukraine und Moldawien ermöglicht werden muss. Dabei bleibt aber  
119 klar, dass die bestehenden Kriterien für den Beitritt weiterhin erfüllt werden  
120 müssen. Die EU muss die Beitrittskandidaten dabei bestmöglich unterstützen.

121

## 122 **Die EU als selbstbewusste Akteurin in der Außen- und Sicherheitspolitik**

123 Der russische Überfall auf die Ukraine ist eine Zäsur in der europäischen  
124 Nachkriegsordnung. Diese erfordert entschiedene Schritte der Europäischen Union mit  
125 Blick auf die Unterstützung der Ukraine, die Integration in Außenpolitik und  
126 Verteidigungsfragen sowie die Beziehungen Europas zu anderen Regionen und Staaten der  
127 Welt.

128

129 Wir stehen weiter unverrückbar an der Seite der Ukraine im Freiheitskampf gegen die  
130 russische Aggression. Gemeinsam werden wir die Ukraine so lange und so stark  
131 unterstützen wie nötig. Seit Beginn des Angriffs- und Vernichtungskriegs im Februar  
132 2022 steht die Europäische Union in dieser Frage für viele überraschend geschlossen  
133 zusammen. Dabei dürfen wir nicht nachlassen und müssen bestehende Widerstände  
134 überwinden. Das bedeutet die Ukraine militärisch weiter zu unterstützen. Geräte- und  
135 Munitionslieferungen werden auch in Zukunft nötig sein, damit sich die Ukraine gegen  
136 den Aggressor behaupten kann. Dabei wird der Europäischen Union weiter eine zentrale  
137 Rolle zukommen. Auch unsere finanzielle Unterstützung wollen wir beibehalten und wenn  
138 nötig ausbauen. Die Sanktionen gegen Russland und seine Verbündeten wollen wir  
139 aufrechterhalten, verschärfen und vorhandene Lücken, vor allem bei der Durchsetzung  
140 der Sanktionen, schließen. Auch am Wiederaufbau wollen wir uns beteiligen. Gerade als  
141 Deutsche wissen wir, wie zentral finanzielle Unterstützung von außen ist, um einem  
142 kriegszerstörten Land wieder auf die Beine zu helfen. Als Europäische Union wollen  
143 wir gemeinsam einen Marshall-Plan für die Ukraine aufsetzen. Für dessen Finanzierung  
144 sollen auch eingefrorene Guthaben des russischen Staates eingesetzt werden. Damit  
145 wollen wir bereits jetzt beginnen und nicht erst nach Kriegsende. Bei der Auszahlung  
146 wollen wir auf EU-Standards setzen und Themen wie Korruptionsbekämpfung zur Bedingung  
147 machen. Das neue Internationale Zentrum für die Strafverfolgung des Verbrechens der  
148 Aggression gegen die Ukraine ist ein wichtiger Teil der Aufarbeitung des Krieges. Es  
149 kann Grundlage für die Einrichtung eines europäischen Tribunals zum Verbrechen der  
150 Aggression gegen die Ukraine sein. Sollte die Ukraine das unterstützen, könnte ein  
151 solches Gericht gemeinsam von der Ukraine und der EU aufgebaut werden. Als  
152 Europäische Union sollten wir dazu bereitstehen.

153

154 Gleichzeitig muss die Zeitenwende auch ein Weckruf sein, unsere europäischen  
155 Strukturen in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik zu überdenken. Die Europäische  
156 Union muss zu einer ernstzunehmenden geopolitischen Akteurin werden, als gelebte  
157 Antithese zu Imperialismus und Autokratie. Dabei sehen wir eine Integration der EU in  
158 Verteidigungsfragen als Ergänzung, nicht als Konkurrenz zur NATO an. Als weiteren  
159 Schritt auf dem langen Weg zur Europäischen Armee wollen wir eine gemeinsame  
160 europäische Eingreiftruppe einrichten, die unter Kontrolle des Parlaments agiert.  
161 Aktuelle Initiativen wie die Verordnung zur Förderung der Munitionsproduktion sind  
162 kurzfristig wichtige Schritte, angesichts der langfristigen militärischen Bedarfe  
163 aber nicht ausreichend. Wir wollen die gemeinsame europäische Beschaffung deshalb  
164 verstetigen. Nicht zuletzt das Verfahren um die Covid-Impfstoffe hat gezeigt, wie  
165 effizient die EU dabei gemeinsam sein kann. Das Amt des Hohen Vertreters der EU für  
166 Außen- und Sicherheitspolitik wollen wir zu einem echten Außenminister ausbauen.  
167 Dafür wird der Europäische Auswärtige Dienst zu einem echten EU-Außenministerium.  
168 Dass Entscheidungen in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik im Rat dabei in  
169 Zukunft mit qualifizierter Mehrheit geschlossen werden, ist entscheidend für die  
170 kurzfristige Handlungsfähigkeit der Union auch in internationalen Krisensituationen.

171

172 Auch unsere Außenbeziehungen gilt es zu überdenken. Unsere Position ist dabei klar:  
173 wir wollen Abhängigkeiten von China und anderen Autokratien wo immer möglich abbauen.

174 Damit geht einher, neue Bündnisse zu suchen und das globale Netz demokratischer  
175 Staaten zu stärken. Wirtschaftlich ist das zuallererst Aufgabe unserer Unternehmen.  
176 Aber schon jetzt wird klar, dass Appelle allein nicht ausreichen werden. Die EU soll  
177 deshalb gemeinsam stärker als bisher steuernd in die internationalen  
178 Wirtschaftsbeziehungen eingreifen und im Rahmen einer Klassifizierung von  
179 Handelspartnern dem Ziel der stärkeren Unabhängigkeit von autoritären Staaten  
180 Rechnung tragen. Was dabei ein „Risiko“ darstellt, braucht eine gemeinsame  
181 europäische Festlegung, woran sich private Akteure aber auch öffentliche Regulierung  
182 ausrichten soll. In kritischen Sektoren wollen wir große Unternehmen dazu  
183 verpflichten, jährlich die Resilienz ihrer Lieferketten zu erfassen. Wer trotzdem  
184 übermäßige Risiken eingeht, kann im Krisenfall nicht mit staatlicher Unterstützung  
185 rechnen. Das Sozialisieren von Verlusten, während Gewinne privatisiert werden, wollen  
186 wir damit klar ausschließen. Genauso wollen wir auch systemrelevante  
187 Produktionslinien festlegen, die im Kern nicht mehr außerhalb der EU angelegt werden  
188 sollen und dafür im Bedarfsfall auch öffentliche Finanzierung erhalten. Bei  
189 Zukunftstechnologien mit Dual-Use-Möglichkeit und Auswirkungen auf Menschenrechte  
190 wollen wir stärker überprüfen, welche Investitionen und Exporte mit unseren  
191 Interessen vereinbar sind und anhand dessen auch regulatorisch eingreifen. Mit dem  
192 europäischen Lieferkettengesetz wollen wir europäische Unternehmen für die globale  
193 Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards in die Pflicht nehmen. Das System  
194 ökonomischer Abhängigkeiten wollen wir global erfassen und deshalb neue politische  
195 und wirtschaftliche Brücken bauen. Geld für Infrastruktur und Entwicklungsprojekte  
196 aus Peking wollen wir eine demokratische Alternative entgegensetzen, die die  
197 Autonomie der Empfängerländer stärkt. Die EU soll dabei vorangehen und eine  
198 umfassende europäische Strategie für die Entwicklungszusammenarbeit entwickeln. Das  
199 Global Gateway Programm kann zentraler Teil dieser Strategie sein. Auch politisch  
200 wollen wir den Blick weiten und die Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Staaten  
201 intensivieren. Dazu gehört auch, neue Freihandelsabkommen nach europäischen Standards  
202 zu schließen. Mit den Mercosur-Staaten, Mexiko, Indien, Indonesien, Australien und  
203 Kenia gibt es dafür großes Potenzial. Eine kluge internationale Handelspolitik ist  
204 nicht zuletzt auch von zentraler Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Baden-  
205 Württemberg.

206

### 207 **Eine neue Wirtschafts- und Finanzpolitik im Kampf gegen die Klimakrise**

208 Der EU-Binnenmarkt ist eine zentrale Errungenschaft der europäischen Integration. Zu  
209 lange ist dessen weitere Integration aber ein Projekt der marktliberalen Denke  
210 gewesen, wonach staatliche Eingriffe in den Markt um jeden Preis zu vermeiden seien.  
211 Im Zuge der Corona-Pandemie und des russischen Überfalls auf die Ukraine findet diese  
212 Sichtweise auf Wirtschafts- und Finanzpolitik nun ihr Ende. Ein politischer  
213 Paradigmenwechsel greift global um sich. Die Vereinigten Staaten unter Präsident  
214 Biden gehen mit dem „Inflation Reduction Act“ in großen Schritten voran. Als  
215 Europäische Union dürfen wir dabei nicht den Anschluss verlieren, sondern müssen  
216 jetzt mutige Entscheidungen treffen.

217

218 Im Kampf gegen die Klima- und Biodiversitätskrise ist Europa global Vorreiter. Der  
219 EU-Emissionshandel und der neue Mechanismus für den CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich sind dabei

220 wichtige Elemente und bleiben elementar in der Klimaschutzpolitik der Union.  
221 Bestehende Ausnahmen dieser Instrumente wollen wir deshalb abbauen und bei der  
222 Bepreisung ambitionierter werden. Ein effektiver Klima-Sozialfonds ist dabei zentral  
223 für eine soziale, gerechte und ambitionierte Bepreisung von Emissionen. Auch  
224 Energiepolitik wollen wir stärker europäisieren und den Kontinent damit für mögliche  
225 Krisen auch in Energiefragen widerstandsfähiger machen. Unser wichtigstes Ziel ist  
226 dabei der schnelle Ausbau der erneuerbaren Energien. Bis wir unsere  
227 Energiebeschaffung vollständig dekarbonisieren wollen wir auch beim Einkauf fossiler  
228 Energieträger stärker europäisch zusammenarbeiten. Der gemeinsame Gas-Einkauf im  
229 Rahmen der EU-Energieplattform ist dafür ein Positivbeispiel und sollte im Gegensatz  
230 zu nationalen Alleingängen in Zukunft Standard werden. Darüber hinaus wollen wir  
231 unsere Energienetze stärker verzahnen und dafür gemeinsame Standards in der  
232 Energiepolitik setzen. Dazu gehört auch die Umsetzung der europäischen  
233 Wasserstoffstrategie in Abstimmung mit nationalstaatlichen Bemühungen.

234

235 Unser Handeln mit Blick auf Emissionen und Energiepolitik muss Hand in Hand gehen mit  
236 einer klugen Industriepolitik. Für ein Industrieland wie Baden-Württemberg ist eine  
237 aktive und zukunftsgerichtete Industriepolitik entscheidend dafür, dass der Umbau  
238 unserer Wirtschaft in eine klimaneutrale und digitalisierte Wirtschaft gelingt. Mit  
239 Blick auf den Industrie-Plan der EU zum Green Deal haben wir deshalb klare Ziele im  
240 Blick: wir wollen die Transformation mit Blick auf Klima und Digitales erfolgreich  
241 bewältigen, globale Abhängigkeiten abbauen, international konkurrenzfähig bleiben  
242 sowie gute und gut bezahlte Arbeitsplätze in Europa schaffen und erhalten. Die  
243 Versprechen der Transformation sind nicht nur verheißungsvoll, sondern rufen bei den  
244 Bürgerinnen und Bürgern auch Unsicherheiten und Ängste hervor. Wir wissen, dass die  
245 Transformation nur gelingen kann, wenn sie sozial abgesichert ist. Wir brauchen dafür  
246 Maßnahmen, die den heutigen und künftigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und  
247 ihren Familien unter die Arme greift und sie gemeinsam auf diesem Weg begleitet.

248

249 Mit dem „Net Zero Industry Act“ geht die EU einen ersten Schritt in Richtung einer  
250 aktiven und nachhaltigen Industriepolitik. Dass die Investitionsentscheidungen dabei  
251 aber in den Händen der Mitgliedstaaten liegen, ist der falsche Weg. Die  
252 unterschiedlichen fiskalpolitischen Spielräume der Mitgliedstaaten bergen die Gefahr  
253 die bestehenden Ungleichgewichte in der Union noch weiter zu verstärken. Außerdem ist  
254 alles andere als gesichert, dass dort wo Kapazitäten bestehen auch tatsächlich  
255 nationalstaatlich gehandelt wird. Deshalb wollen wir eine europäische  
256 industriepolitische Finanzierungsstruktur aufbauen, die im Rahmen eines deutlich  
257 vergrößerten EU-Budgets funktioniert. Den Fachkräftemangel muss die Union als eine  
258 zentrale Herausforderung in der Transformation begreifen und entsprechende Maßnahmen  
259 auch europaweit ergreifen. Die Entwicklung der Situation junger Menschen gilt es  
260 dabei genau im Blick zu behalten und Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen entsprechend zu  
261 stärken. Der Einsatz für gute Arbeitsbedingungen ist für uns untrennbarer Teil einer  
262 klugen Industriepolitik.

263

264 Dabei ist klar: Die europäische Ebene allein kann die Transformation nicht  
265 bewältigen. Auch die politischen Entscheidungstragenden vor Ort müssen ihre Politik

266 an dieser großen Herausforderung ausrichten. Dass die Landesregierung hier seit  
267 Jahren die zentrale Rolle eines aktiven Staats in der Transformation verkennt und  
268 lieber mit dem Finger auf andere zeigt, ist eine Gefahr für unseren  
269 Wirtschaftsstandort. Deshalb bekräftigen wir unsere Forderung nach einem  
270 Transformationsfonds für Baden-Württemberg, der – unterstützt durch Maßnahmen der EU  
271 und der Bundesregierung – Unternehmen auf dem Weg zur Klimaneutralität unterstützt.  
272 So tragen wir der besonderen industriellen Struktur unseres Bundeslandes Rechnung,  
273 unterstützen Unternehmen im Wandel und sichern gute Arbeitsplätze. Bei allen  
274 industriepolitischen Maßnahmen sind wir uns der wichtigen Bedeutung kleiner und  
275 mittlerer Unternehmen für unser Bundesland bewusst und wollen sie deshalb gezielt  
276 berücksichtigen. Eine aktive Wirtschaftspolitik unserer Kommunen, die den  
277 Investitionsbedürfnissen vor Ort am Nächsten ist und die Wirtschaftsstrukturen vor  
278 Ort am besten kennt, ist zentral für das Gelingen der Transformation. Das  
279 Vergaberecht muss entsprechend überarbeitet werden, so dass Direktvergaben bei  
280 Aufträgen, die dem Ziel der Klimaneutralität und der Digitalisierung dienen,  
281 erleichtert, Vergabeverfahren grundlegend vereinfacht und die kommunale  
282 Selbstverwaltung bei der Ausfüllung vergabefremder Kriterien gestärkt wird. Damit  
283 einher geht die Vereinfachung der Verwaltung von EU-Fördermitteln, und zwar sowohl  
284 bei der Europäischen Kommission als auch bei der Landesverwaltung.

285

286 Teil des Paradigmenwechsels in der Politik der Europäischen Union muss eine neue  
287 Finanzpolitik sein. Eine wirtschaftlich starke Europäische Union über alle  
288 Mitgliedstaaten hinweg liegt in unserem Interesse hier in Deutschland und in Baden-  
289 Württemberg. Deshalb wollen wir die EU zur Fiskalunion weiterentwickeln. Die  
290 Europäische Union soll dafür die Kompetenz erhalten, selbst Steuern erheben zu  
291 können. Damit kann der EU-Haushalt unter Kontrolle des Parlaments anwachsen und den  
292 aktuellen und zukünftigen Herausforderungen der Union gerecht werden. So wollen wir  
293 eine europäische Finanztransaktionssteuer einführen, die alle börslichen und  
294 außerbörslichen Transaktionen von Wertpapieren, Anleihen und Derivaten sowie alle  
295 Devisentransaktionen umfasst. Erträge aus dieser Steuer sollen direkt dem EU-Haushalt  
296 zugeführt werden. Auch die europäische Digitalsteuer wollen wir in den Blick nehmen  
297 und mögliche Erträge genauso direkt für den EU-Haushalt verfügbar machen. Der  
298 europäische Mindeststeuersatz von 15 Prozent bei der Körperschaftsteuer ist ein  
299 großer Erfolg. Das wollen wir jetzt konsequent umsetzen und gleichzeitig  
300 Anstrengungen unternehmen, um die Körperschaftsteuern in der EU auch darüber hinaus  
301 anzugleichen. Hierzu wollen wir zunächst eine gemeinsame konsolidierte  
302 Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage erreichen, die den ersten Schritt auf dem Weg  
303 zu unserem Ziel einer unionsweit einheitlichen Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage  
304 ist.

305

306 Die gemeinsame Aufnahme von Schulden wollen wir nicht als einmalige Ausnahme in der  
307 Corona-Krise belassen. Wir wollen einen dauerhaften Mechanismus schaffen, der in  
308 Krisenzeiten europaweit für eine solidarische Stabilisierung der Wirtschaft sorgt.  
309 Auch für nachhaltige Investitionen in die Transformation halten wir eine gemeinsame  
310 Schuldenaufnahme für denkbar. Gleichzeitig wollen wir die EU-Fiskalregeln klug  
311 überarbeiten. Heute haben diese Regelungen oft eine pro-zyklische Wirkung und tragen

312 durch Hemmung des Wirtschaftswachstums zur Verfehlung der eigenen Ziele bei. Eine  
313 Reform muss deshalb Investitionen in Wachstum und eine sozial-gerechte Transformation  
314 ermöglichen, Transparenz stärken und dem Europäischen Parlament und den nationalen  
315 Parlamenten ein Mitbestimmungsrecht einräumen.

316

### 317 **Ungleichheit im Blick: wirksame europäische Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik**

318 Die EU ist seit ihren Anfängen ein großes Wirtschafts- und Friedensprojekt. Diese  
319 Erfolge um eine starke soziale Säule zu erweitern ist Kern sozialdemokratischer  
320 Europapolitik. Nur als soziales Gerechtigkeitsprojekt wird die Union auch langfristig  
321 Bestand haben. Dafür ist die europäische Säule sozialer Rechte ein großer Schritt  
322 gewesen. Jetzt gilt es, diese Rechte auch rechtsverbindlich umzusetzen. Deshalb war  
323 es wichtig, dass wir in der vergangenen Legislaturperiode die Einführung angemessener  
324 Mindestlöhne und die Stärkung der Tarifbindung europaweit durchsetzen konnten. Diese  
325 Richtlinie gilt es jetzt zeitnah umzusetzen – auch in Deutschland. Analog dazu wollen  
326 wir einen europäischen Rahmen für ein Minimum bei der Vergütung von Auszubildenden  
327 schaffen. Mit dem europäischen Mechanismus für das Kurzarbeitergeld in der Corona-  
328 Pandemie hat die EU einen ersten wichtigen Schritt zur solidarischen Absicherung von  
329 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern unternommen. Diesen Mechanismus wollen wir zu  
330 einer EU-Arbeitslosenversicherung ausbauen, die als Rückversicherung der nationalen  
331 Arbeitslosenversicherungen unterstützend eingreift, wenn in einem Mitgliedstaat die  
332 Arbeitslosigkeit signifikant ansteigt. Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen  
333 durch die Europäische Union sollen Tarifverträge und gute Arbeitsbedingungen in  
334 Zukunft als vergabefremde Kriterien gestärkt werden.

335

336 Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in einigen Mitgliedstaaten ist eine der großen  
337 sozialen Ungerechtigkeiten Europas. Die europäische Jugendgarantie wollen wir deshalb  
338 für 15 bis 29-Jährige fortsetzen und nationalstaatlich konsequent umsetzen. Andere  
339 innereuropäische Ungleichgewichte zwischen Regionen und Mitgliedstaaten wollen wir im  
340 Rahmen der Regionalpolitik weiter abbauen. Das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt als  
341 alleiniger Faktor bei der Mittelzuweisung lässt viele soziale und wirtschaftliche  
342 Realitäten außen vor. Gleichzeitig halten wir bei der Mittelvergabe am  
343 Konditionalitätsmechanismus mit Blick auf Rechtsstaatlichkeit fest.

344

### 345 **Eine humane und solidarische Politik für Geflüchtete**

346 Als Sozialdemokratie streiten wir für eine humane und solidarische europäische  
347 Asylpolitik. In der Praxis sind aber illegale Pushbacks und die Unterbringung von  
348 Geflüchteten in gefängnisähnlichen Lagern wie Moria an der Tagesordnung. Die  
349 bestehende europäische Asylpolitik mit dem sog. Dublin-System, das die Verantwortung  
350 für Geflüchtete einseitig auf die Mitgliedstaaten an den Außengrenzen der EU abwälzt,  
351 ist der Hauptgrund dafür. Eine Reform des europäischen Asylsystems, die eine  
352 solidarische Teilung der Verantwortung für Geflüchtete unter allen Mitgliedstaaten  
353 einführt, ist unerlässlich, um das Grundrecht auf Asyl zu schützen und eine humane  
354 und solidarische Politik für Geflüchtete zu erreichen. Gleichzeitig schützen wir so  
355 unsere offenen europäischen Binnengrenzen. Forderungen nach innereuropäischen  
356 Grenzsicherungen lehnen wir klar ab. Nach jahrelangem Streit haben sich die

357 Regierungen der Mitgliedstaaten im Rat auf Eckpunkte für eine Reform des Gemeinsamen  
358 Europäischen Asylsystems geeinigt, das einen verpflichtenden solidarischen  
359 Umverteilungsmechanismus beinhaltet. In Zukunft Verantwortung für Geflüchtete  
360 solidarisch untereinander zu teilen ist unerlässlich, um einer ungleichmäßigen  
361 Übernahme von Lasten vorzubeugen. Durch den Beschluss im Rat konnten die  
362 abschließenden Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament endlich beginnen. Als SPD  
363 ist unsere Haltung für jede Reform klar: Das individuelle Menschenrecht auf Asyl und  
364 das internationale Flüchtlingsrecht sind nicht verhandelbar. Auch Schnellverfahren  
365 müssen eine vollständige und faire Prüfung von Anträgen auf internationalen Schutz  
366 ermöglichen. Für eine menschenwürdige Unterbringung fordern wir die Ausarbeitung von  
367 verpflichtenden Mindeststandards zu Hygiene, Ernährung und Platz pro Person, welche  
368 jedes Asylzentrum auf europäischem Boden einzuhalten hat. Verantwortung für die  
369 Einhaltung dieser sollen ausdrücklich nicht bloß die Länder haben, auf deren  
370 Staatsgebiet die Asylzentren liegen, sondern alle Mitgliedstaaten der Union,  
371 beispielsweise über die Entsendung von Sicherheits-, medizinischem oder sonstigem  
372 Hilfspersonal. Der Zugang zu Beratungsstellen, sowie zu Rechtsbeistand innerhalb der  
373 Zentren ist für die Antragstellenden zu garantieren. Auch  
374 Menschenrechtsorganisationen und Journalist\*innen sollen zum Zwecke der Dokumentation  
375 und Berichterstattung Zugang zu den Lagern erhalten. Auch Schnellverfahren müssen  
376 eine vollständige und faire Prüfung von Anträgen auf internationalen Schutz  
377 ermöglichen. Für eine menschenwürdige Unterbringung fordern wir die Ausarbeitung von  
378 verpflichtenden Mindeststandards zu Hygiene, Ernährung und Platz pro Person, welche  
379 jedes Asylzentrum auf europäischem Boden einzuhalten hat. Verantwortung für die  
380 Einhaltung dieser sollen ausdrücklich nicht bloß die Länder haben, auf deren  
381 Staatsgebiet die Asylzentren liegen, sondern alle Mitgliedstaaten der Union,  
382 beispielsweise über die Entsendung von Sicherheits-, medizinischem oder sonstigem  
383 Hilfspersonal. Der Zugang zu Beratungsstellen, sowie zu Rechtsbeistand innerhalb der  
384 Zentren ist für die Antragstellenden zu garantieren. Auch  
385 Menschenrechtsorganisationen und Journalist\*innen sollen zum Zwecke der Dokumentation  
386 und Berichterstattung Zugang zu den Lagern erhalten. Es muss ein System geschaffen  
387 werden, das Schutzsuchenden in der Praxis Hilfe leistet. In den Asylzentren müssen  
388 menschenwürdige Bedingungen gewährleistet werden. Die Gewährung rechtsstaatlicher  
389 Verfahren ist für uns essentiell.

390

391 Für diese Politik braucht es politische Mehrheiten. Dass es jahrelang zu keiner  
392 Einigung über gemeinsame europäische Regelungen kam, zeigt wie schwer es ist, in  
393 dieser Frage im Rat eine ausreichende Anzahl an mitgliedstaatlichen Regierungen für  
394 eine qualifizierte Mehrheit zusammenzubringen. In den Trilog-Verhandlungen zwischen  
395 Parlament, Rat und Kommission wollen wir uns nun dafür stark machen, dass  
396 rechtsstaatliche und humanitäre Standards bei der Umsetzung gewährleistet werden.  
397 Dazu gehören auch öffentliche Monitoring-Verfahren und parlamentarische Kontrolle.

398

399 Unabhängig von den aktuellen Reformvorhaben steht für uns weiter fest: das Sterben im  
400 Mittelmeer muss aufhören. Seenotrettung darf nicht kriminalisiert, sondern muss  
401 staatlich gewährleistet werden. Pushbacks verstoßen gegen das Völkerrecht und müssen  
402 klar sanktioniert werden. Ein Tolerieren durch oder gar eine Beteiligung von Behörden

403 der Mitgliedstaaten oder von Frontex darf es nicht geben. Frontex steht seit Jahren  
404 berichtigt in der Kritik und muss reformiert werden. Die Behörde muss  
405 Menschenrechtsverletzungen aufklären und wo immer möglich verhindern, statt diese zu  
406 verschleiern. Weiter wollen wir legale Wege für Geflüchtete schaffen, etwa durch  
407 humanitäre Visa, verbesserte Familienzusammenführung oder Resettlement, also die  
408 gezielte Aufnahme von Menschen direkt aus Aufnahmelagern der UN. Nach einer  
409 Antragsstellung und Einreise wollen wir, dass Schutzsuchende einen  
410 diskriminierungsfreien Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Bildung und zur  
411 Gesundheitsversorgung haben.

## Antrag G02: Widerspruchslösung für die Organspende

Antragsteller*in:	KV Karlsruhe-Stadt
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Pflege

### 1 Widerspruchslösung für die Organspende

2 Wir fordern:

- 3 1. Das Transplantationsgesetz muss geändert werden: Spender:in soll in Zukunft jede:r  
4 sein, der/ die der Entnahme der eigenen Organe nicht zu Lebzeiten ausdrücklich  
5 widersprochen hat.
- 6 2. Voraussetzung dafür ist, dass die Möglichkeit zum Widerspruch niedrigschwellig  
7 ist. Dazu gehört der zügige Aufbau des Online-Registers, das bereits für die  
8 freiwillige Organspende vorgesehen war.

## Antrag G03: Lebensgefährlichen Mangel an Medizinprodukten verhindern

Antragsteller*in:	KV Karlsruhe-Stadt
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Pflege

### 1 **Lebensgefährlichen Mangel an Medizinprodukten verhindern**

2 Die gefährliche Verknappung lebensnotwendiger Medizinprodukte durch die Probleme bei  
3 der Umsetzung der Medizinprodukteverordnung (Verordnung (EU) 2017/745 des  
4 Europäischen Parlaments und des Rates über Medizinprodukte, im Folgenden: MDR) von  
5 2017 muss verhindert werden.

6 Die beschlossene Verlängerung der Frist bis 2027 und teils 2028 durch die EU-  
7 Kommission ist ein wichtiger Schritt, löst jedoch das Problem nicht. Langfristig  
8 müssen deutlich mehr Stellen zur Zertifizierung geschaffen und die Kosten gesenkt  
9 werden. Zudem sollten zur Zertifizierung notwendige medizinische Studien erleichtert  
10 werden.

11 Diese Maßnahmen dienen der Verhinderung eines lebensgefährlichen Kollapses, aber auch  
12 dem Ermöglichen von mehr Innovation auf dem Europäischen Markt.

## Antrag G05: Unterstützung für Eltern von Sternenkindern ausbauen

Antragsteller*in:	KV Waldshut
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Pflege

### 1 Unterstützung für Eltern von Sternenkindern ausbauen

2 Jedes Jahr am 15. Oktober wird weltweit der Kinder gedacht, die vor,  
3 während oder kurz nach der Geburt verstorben sind: die sogenannten Sternenkindern.

4 2022 lag der Anteil der Totgeburten (Gewicht des Kindes 500 Gramm oder 24.  
5 Schwangerschaftswoche) in Deutschland laut Statistischem Bundesamt bei 0,44 Prozent  
6 aller Geburten[1] , der Anteil der Fehlgeburten (Gewicht unter 500 Gramm oder vor  
7 der  
8 24. Schwangerschaftswoche) laut pro familia Baden-Württemberg bei 20 bis 30 Prozent  
9 aller Schwangerschaften [2].

10 Auch wenn es also zahlreiche Betroffene gibt, erfahren sie Hilfe doch zumeist von  
11 ehrenamtlicher Seite, in Selbsthilfegruppen und von Vereinen. Daher fordern wir den  
12 Ausbau der staatlichen Unterstützung für Eltern von Sternenkindern:

13 1. Qualifizierung: Vertiefung des Themas in der Hebammenausbildung an baden-  
14 württembergischen Universitäten und Hochschulen

15 2. Institutionalisierung: Schaffung einer zentralen Anlaufstelle für Betroffene in  
16 Baden-Württemberg und Herausgabe von Informationsmaterialien aus einer Hand

17 3. Finanzierung und Honorierung: Einsetzung eines Expert\*innenrats auf  
18 Landesebene zur Erarbeitung von Unterstützungs- und Entlastungsmöglichkeiten  
19 für Betroffene und für Ehrenamtliche

20 Grundsätzlich trügen diese Maßnahmen zu einer Enttabuisierung bei, die sich viele  
21 Eltern von Sternenkindern wünschen: Damit auch ein Gedenktag wie der 15. Oktober  
22 weiter ins Bewusstsein der Öffentlichkeit rückt

23 Fußnoten:

24 [1] (siehe [www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/07/PD23\\_287\\_12.html](http://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/07/PD23_287_12.html) ;  
25 abgerufen am 8.09.2023)

26 [2] (  
27 [www.profamilia.de/angebote-vor-ort/baden-  
28 wuerttemberg/beratungsstellekonstanz/beratungsangebote/fehlgeburt](http://www.profamilia.de/angebote-vor-ort/baden-wuerttemberg/beratungsstellekonstanz/beratungsangebote/fehlgeburt) ; abgerufen am  
29 8.09.2023)

## Antrag G06: Den öffentlichen Gesundheitsdienst in Baden-Württemberg stärken

Antragsteller*in:	ASG Baden-Württemberg
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Pflege

### 1 Den öffentlichen Gesundheitsdienst in Baden-Württemberg 2 stärken

3 In Baden-Württemberg muss jetzt vom Land die Chance ergriffen werden, den  
4 Öffentlichen Gesundheitsdienst auf seine Zukunftsaufgaben auszurichten und zu  
5 stärken. Dafür setzt sich die SPD ein:

- 6 • Der öffentliche Gesundheitsdienst muss über seine hoheitlichen Aufgaben hinaus  
7 eine stärkere Rolle im Rahmen der Daseinsvorsorge wahrnehmen. Dazu gehören die  
8 Unterstützung besonders vulnerabler Personengruppen, Gesundheitsförderung,  
9 Versorgungsforschung, Gesundheitsberichterstattung, Koordination  
10 unterschiedlicher Akteure im Rahmen von Gesundheitskonferenzen und  
11 Gesundheitsinformation. Es bedarf auch einer stärkeren Zusammenarbeit mit der  
12 Wissenschaft.
- 13 • Die Beratung der Gesundheitsämter für die Bevölkerung, besondere Zielgruppen,  
14 Schulen, Kindertageseinrichtungen etc. sind nicht nur auf Anforderung zu  
15 leisten. Vielmehr besteht eine Bringschuld der Ämter. Sie sind dazu personell  
16 und technisch in die Lage zu versetzen.
- 17 • Die Anstrengungen zur Personalgewinnung müssen verstärkt und dürfen nicht auf  
18 den ärztlichen Dienst beschränkt werden. Viele Aufgaben können durch andere  
19 Berufsgruppen mit eher populationsbezogener Sicht (z. B.  
20 Sozialwissenschaftler:innen, Biometriker:innen, Statistiker:innen,  
21 Epidemiolog:innen oder Gesundheitswissenschaftler:innen) übernommen werden.
- 22 • Für die Aufgabenwahrnehmung beim ÖGD sind den dort Beschäftigten Fort- und  
23 Weiterbildungen anzubieten.
- 24 • Es ist eine dauerhafte Beschäftigung anzustreben. Neben der verbesserten  
25 Bezahlung braucht es gute Arbeitsbedingungen. Es geht darum, gut qualifizierte  
26 Beschäftigte zu gewinnen, ihnen Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten und  
27 Zusammenarbeit im Team zu stärken. Dafür sind das Arbeitsklima, ein  
28 Gesundheitsmanagement, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und motivierte  
29 Führungskräfte erforderlich. Bei diesen Aufgaben bedarf es einer Unterstützung  
30 des Landes für die Landkreise.
- 31 • Ebenfalls sind die Geschäftsprozesse innerhalb des ÖGD im Hinblick auf  
32 Arbeitsbedingungen zu überprüfen.
- 33 • Sowohl in der ärztlichen wie auch in anderen Gesundheits- und Sozialberufen  
34 müssen in den Lehrplänen die Aufgaben des ÖGD Eingang finden und praktische  
35 Ausbildung in den Gesundheitsämtern ermöglicht werden, um das erforderliche

36 Personal zu gewinnen.

## Antrag G07: Tarifverträge für Tochtergesellschaften an Unikliniken

Antragsteller*in:	ASG Baden-Württemberg
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Pflege

### 1 Tarifverträge für Tochtergesellschaften an Unikliniken

2 Die SPD unterstützt das Anliegen der Beschäftigten in Tochtergesellschaften der  
3 Universitätskliniken des Landes nach Tarifverträgen. Sie hat kein Verständnis, dass  
4 gerade Beschäftigten in Hauswirtschaft und Technik tarifvertragliche Leistungen seit  
5 Jahren verweigert werden. Die SPD fordert die Arbeitgeber in den Universitätskliniken  
6 auf, in diesen Gesellschaften in Tarifverhandlungen mit der zuständigen Gewerkschaft  
7 einzutreten.

## Antrag G08: Entlastungsbetrag für Pflegebedürftige - Ausweitung auf Nachbarschaftshilfe

Antragsteller*in:	Selbst Aktiv Baden-Württemberg
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Antragskommission:	Annahme in Fassung der Antragskommission
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Pflege

### 1 Entlastungsbetrag für Pflegebedürftige - Ausweitung auf 2 Nachbarschaftshilfe

3 Laut einer Erhebung des VdK [1] verfallen in Deutschland Leistungen der  
4 Pflegeversicherung im Wert von etwa zwölf Milliarden Euro pro Jahr – für  
5 Entlastungsangebote, Kurzzeitpflege und Tagespflege. Etwa 80 Prozent der Berechtigten  
6 rufen den Entlastungsbetrag für haushaltsnahe Dienstleistungen und Betreuung in Höhe  
7 von monatlich 125 Euro nicht ab, da es zu wenig Anbieter für diese Leistungen gibt.  
8 Dies hängt auch damit zusammen, dass die Hürden für solche Angebote zu hoch sind.  
9 Die Länder bestimmen, wer Entlastungsleistungen abrechnen kann. In Baden-Württemberg  
10 sind dies nach wie vor nahezu ausschließlich Pflegedienste, die dafür jedoch nicht  
11 ausreichend Kapazitäten haben. Es ist nicht nachvollziehbar, warum insbesondere  
12 haushaltsnahe Dienstleistungen (z.B. Putzen, Einkaufen usw.) nur von Pflegediensten  
13 erbracht werden dürfen. Diese verlangen dafür mindestens 40 Euro pro Stunde – manche  
14 bis zu 60 Euro. So erhalten Berechtigte dafür lediglich zwei bis drei Stunden  
15 Leistung im Monat – wenn sie überhaupt einen Anbieter finden.  
16 In vielen anderen Bundesländern können diese Leistungen mittlerweile auch über so  
17 genannte Nachbarschaftshilfe abgerechnet werden. Privatpersonen, Nachbarn,  
18 FreundInnen usw. dürfen zum Teil nach kurzen Schulungen diese Unterstützung erbringen  
19 und erhalten dafür – je nach Landesrecht des Bundeslandes – eine  
20 Aufwandsentschädigung von fünf bis zehn Euro. Dies sollte auch in Baden-Württemberg  
21 möglich werden.  
22 Profitieren würden alle: Pflegebedürftige bekämen mehr Unterstützung, Pflegedienste  
23 würden entlastet und könnten sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren, bisher  
24 unentgeltlich tätige Helfer erhielten eine Wertschätzung.  
25 [1](  
26 [https://www.vdk-naechstenpflege.de/wp-content/uploads/2022/05/VdK-  
Pflegestudie\\_Zentrale-Studienergebnisse\\_Forderungen\\_und\\_Pflege-Glossar\\_9-5-2022.pdf](https://www.vdk-naechstenpflege.de/wp-content/uploads/2022/05/VdK-<br/>27 Pflegestudie_Zentrale-Studienergebnisse_Forderungen_und_Pflege-Glossar_9-5-2022.pdf))

## Antrag INI01: Resolution: "Nie wieder" ist jetzt - Solidarität mit Israel

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Antragskommission:	Annahme in Fassung der Antragskommission
Sachgebiet:	INI - Initiativanträge

### 1 „Nie wieder“ ist jetzt - Solidarität mit Israel!

2 Am 7. Oktober 2023 hat die radikalislamistische Hamas ihren Überfall auf Israel mit  
3 Raketenbeschuss begonnen, danach überwand sie Grenzanlagen um den Gazastreifen und  
4 drang auf israelisches Staatsgebiet vor. Die Terrororganisation griff im Rahmen  
5 dessen gezielt Dörfer, Städte, Kibbuzim an, verschleppte Geiseln, misshandelte und  
6 vergewaltigte wehrlose Zivilist:innen. Mindestens 1.300 Menschen hat die Hamas brutal  
7 getötet: Es wurden mehr Jüdinnen:Juden an einem einzigen Tag ermordet als je zuvor  
8 seit der Shoa – und der Terror geht weiter.

9 In der Öffentlichkeit, in klassischen wie sozialen Medien, brachen bereits kurz nach  
10 diesem Angriff weltweit Diskussionen aus. Stimmen wurden laut, die den israelischen  
11 Staat für den Terror verantwortlich machen, die Angriffe der Hamas gar als richtigen  
12 und notwendigen Widerstand rechtfertigen. Wir Sozialdemokrat:innen stellen uns dem  
13 entschieden entgegen: Nichts rechtfertigt diesen Terror. Israel hat das Recht, sich  
14 dagegen im Rahmen des Völkerrechts zu verteidigen. Israelische Zivilist:innen wurden  
15 in den Gazastreifen entführt. Wir fordern die sofortige und bedingungslose  
16 Freilassung aller Geiseln. Allein die Hamas trägt die Schuld an den Terroranschlägen.  
17 Mehr noch: Sie missbraucht die zivile Bevölkerung im Gazastreifen heute und seit  
18 Jahren als menschliche Schutzschilde. Hunderttausende Menschen sind in Gaza auf der  
19 Flucht. Wir verurteilen die menschenverachtenden Methoden der Hamas in aller  
20 Deutlichkeit. Auch an der Israelisch-libanesischen und israelisch-syrischen Grenze  
21 wird gekämpft. Wir verurteilen die Angriffe der Hisbollah und der syrischen Milizen  
22 scharf und fordern ein sofortiges Ende der Kampfhandlungen.

23 Derweil ist jüdisches Leben bedroht – in Israel, Europa, Baden-Württemberg. Wir sind  
24 schockiert, dass Jüdinnen:Juden immer mehr antisemitischen Beschimpfungen,  
25 Gewaltaufrufen und Drohungen ausgesetzt sind. Die Zerstörung von israelischen  
26 Flaggen, in Solidarität gehisst wie beispielsweise vor dem Heilbronner Rathaus,  
27 nehmen wir nicht hin. Es ist inakzeptabel, wenn sich Menschenmassen in Berlin-  
28 Neukölln und an anderen Orten versammeln, um die Brutalität der Hamas gegen die  
29 Israelis zu bejubeln.

30 Als SPD Baden-Württemberg wehren wir uns gegen jede Form von Antisemitismus und  
31 Gewalt an Jüdinnen:Juden. Wir unterstützen gemeinsam mit unseren Mitgliedern im  
32 ganzen Land Solidaritätskundgebungen für Israel.

33 Wir setzen uns für den Frieden im Nahen Osten ein. Ziel muss weiterhin eine zwischen  
34 Israel und den Palästinenser:innen im Einvernehmen beschlossene Grundlage für ein  
35 friedliches Zusammenleben in zwei Staaten sein.

36 Wir stehen dafür:

- 37 • dass die Bundesregierung Israel die humanitäre, politische und militärische  
38 Hilfe bereitstellt, die es nun braucht, um seine Bevölkerung zu schützen und  
39 sich zu verteidigen.
- 40 • dass sich die Bundesregierung für einen zivilen Fluchtkorridor für die  
41 palästinensische Bevölkerung einsetzt. Zivilist:innen müssen im Rahmen des  
42 Völkerrechts geschützt und die Hilfslieferungen der Vereinten Nationen dort  
43 ankommen, wo sie dringend benötigt werden.
- 44 • dass die Bundesregierung das angekündigte Betätigungsverbot für die Hamas und  
45 das Vereinsverbot für das „Samidoun“-Netzwerk schnellstmöglich umsetzt. Dasselbe  
46 muss für die „Palästinensische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ geprüft werden.
- 47 • dass die Landesregierung die polizeilichen Sicherheitsvorkehrungen für  
48 Jüdinnen:Juden flächendeckend, dauerhaft und in Kooperation mit den jüdischen  
49 Gemeinden verstärkt, Synagogen und jüdische Einrichtungen schützt  
50 beziehungsweise Schutzkonzepte erarbeitet, um gesellschaftliche Teilhabe von  
51 Jüdinnen:Juden zu sichern.
- 52 • dass die Landesregierung die Versammlungs- und Polizeibehörden beim Umgang und  
53 wo notwendig auch beim Verbot von Pro Hamas Versammlungen unterstützt.
- 54 • dass die Bundes- und die Landesregierung Bildungsarbeit gegen israelbezogenen  
55 Antisemitismus sowie Projekte zur Völkerverständigung zwischen Israel und  
56 Deutschland respektive Baden-Württemberg, insbesondere für Jugendliche, vermehrt  
57 fördert.
- 58 Wir stehen fest entschlossen an der Seite Israels. „Nie wieder“ ist jetzt.

## Antrag INI02: Wertegeleitet und pragmatisch: Ein Schulterchluss in der Asyl- und Geflüchtetenpolitik für Baden-Württemberg

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Antragskommission:	Annahme in Fassung der Antragskommission
Sachgebiet:	INI - Initiativanträge

### 1 Wertegeleitet und pragmatisch: Ein Schulterchluss in der 2 Asyl- und Geflüchtetenpolitik für Baden-Württemberg

3 Die Welt ist in Bewegung – und sie wird es bleiben. Ende 2022 befanden sich weltweit  
4 108,4 Millionen Menschen auf der Flucht. In Europa hat der Angriffskrieg Russlands  
5 gegen die Ukraine die größte Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg verursacht. Im  
6 Jahr 2022 fanden 178.000 Menschen in Baden-Württemberg Schutz, 146.000 davon aus der  
7 Ukraine. Die Entwicklung der Zuzugszahlen für 2023 lässt ebenso wie die Eskalation  
8 weiterer globaler Konflikte absehen: Dass Menschen, die auf der Flucht vor Krieg,  
9 Verfolgung und unwürdigen Lebensbedingungen sind, zu uns kommen, wird eine dauerhafte  
10 Realität für uns sein. Jahr für Jahr verlassen mehr Menschen ihre Heimat. Bewaffnete  
11 Konflikte und Repressionen, sowie zunehmend auch der menschengemachte Klimawandel,  
12 zwingen immer mehr Menschen dazu, Zuflucht in anderen Ländern zu suchen. Migrations-  
13 und Fluchtbewegungen sind eine Realität, der wir uns stellen müssen. Aus dieser  
14 Realität erwächst auch die Verantwortung alles zu tun, was in unserer Macht steht.  
15 Deshalb müssen wir als Gesellschaft Migrations- und Integrationspolitik als  
16 dauerhafte Aufgabe begreifen und diese Realität anerkennen.

17 Es ist das Selbstverständnis der Sozialdemokratie, dass jeder Mensch, der aus seiner  
18 Heimat fliehen muss, ein Recht auf Zugang zu einem fairen Asylverfahren hat.  
19 Menschen, die vor Krieg oder politischer Verfolgung fliehen, haben einen Anspruch auf  
20 Schutz. Nicht zuletzt aufgrund der gemeinsamen Verantwortung der dunkelsten deutschen  
21 Geschichte gegenüber ist für uns als Sozialdemokrat:innen klar: Jeder Mensch hat das  
22 Recht in Sicherheit zu leben!

23 Die Grundprinzipien sozialdemokratischer Asyl- und Geflüchtetenpolitik sind klar und  
24 unverrückbar:

- 25 • Die SPD Baden-Württemberg bekennt sich klar und uneingeschränkt zum  
26 individuellen Recht auf Asyl und Schutz für von Verfolgung bedrohte Menschen.  
27 Menschenrechte sind nicht verhandelbar!
- 28 • Jeder Mensch, der nach Baden-Württemberg flüchtet, hat Anspruch auf ein faires  
29 und rechtsstaatliches Asylverfahren. Dies schließt insbesondere auch effektiven  
30 Rechtsschutz ein.
- 31 • Jeder Mensch, der nach Baden-Württemberg flüchtet, hat Anspruch auf die  
32 Solidarität des Gemeinwesens und auf Schutz vor insbesondere rassistischer  
33 Diskriminierung.
- 34 • Jeder Mensch, der nach Baden-Württemberg flüchtet, muss sich an die Gesetze und  
35 Regeln halten, sich einbringen und seinen Teil zum Gelingen des friedlichen und  
36 solidarischen Zusammenlebens in unserem Land beitragen.

37 Es ist jetzt die Zeit zu Handeln und nicht die Zeit für Placebos. Wir brauchen  
38 deshalb jetzt einen Pakt für eine menschliche, gut organisierte und geordnete  
39 Migrationspolitik. Als Sozialdemokrat:innen reichen wir deshalb allen demokratischen  
40 Kräften auf jeder staatlichen Ebene die Hand, die Herausforderung, die sich uns  
41 stellt, gemeinsam zu lösen.

42 Nur, wenn alle staatlichen Ebenen an einem Strang ziehen, sich der gemeinsamen  
43 Verantwortung bewusst sind und ihre Arbeit nahtlos ineinandergreift, kann die  
44 Fluchtmigration ohne soziale Verwerfungen bewältigt werden. Das gegenseitige  
45 Zuschieben von Verantwortung ist nicht zielführend und trägt nur weiter zur  
46 Verunsicherung bei.

47 Die Bundesregierung hat wegweisende Richtungsentscheidungen getroffen, die noch  
48 weiter fortgeführt werden müssen:

49 Als SPD Baden-Württemberg fordern wir, auch die letzten bestehenden Arbeitsverbote  
50 abzuschaffen, denn der Eintritt in ein Arbeitsverhältnis ist nicht nur die beste  
51 Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, sondern entlastet zugleich die  
52 Sozialkassen.

53 Wir begrüßen, dass die Ampel-Koalition gemeinsam mit den Ministerpräsident:innen der  
54 Länder an einer gerechten Lastenverteilung der Kosten der Geflüchtetenaufnahme, -  
55 unterbringung und -versorgung arbeitet. Als SPD Baden-Württemberg fordern wir,  
56 hierbei in besonderem Maße die Belange der Kommunen zu berücksichtigen und die  
57 Kostenverteilung auf eine langfristige, tragfähige Basis zu stellen. Jährliche  
58 Neuaushandlungen müssen der Vergangenheit angehören!

59 Wir begrüßen, dass die Ampel-Koalition erstmals das Amt eines Sonderbevollmächtigten  
60 für Migrationsabkommen geschaffen und die gesetzlichen Voraussetzungen für die  
61 Vollziehung von vollstreckbaren, rechtsstaatlichen Ausreisepflichten erleichtert hat.  
62 Als SPD Baden-Württemberg fordern wir, dass die internationale Kooperation und der  
63 Abschluss von Migrationsabkommen, die sowohl legale Zuwanderungswege eröffnen als  
64 auch Rückführungen ermöglichen, weiter vorangetrieben werden.

65 Die Begrenzung irregulärer Migration durch die Priorisierung der Asylverfahren von  
66 wenig aussichtsreichen Anträgen ist bei der vorhandenen Überlastung der Behörden ein  
67 notwendiger Schritt für die Beschleunigung von Verfahren.

68 Grenzkontrollen sind kein Allheilmittel. Sie werden aber dabei helfen,  
69 Schleuserbanden zu fassen und bei zunehmender irregulärer Einwanderung näher  
70 hinzuschauen.

71 Baden-Württemberg muss nun auch pragmatische Lösungen finden, die von den Werten des  
72 Grundgesetzes, der Europäischen Grundrechtecharta und den Menschenrechten geleitet  
73 sind. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten.

74 **Die zentralen Bausteine der Asyl- und Geflüchtetenpolitik der SPD Baden-Württemberg  
75 sind daher:**

#### 76 **1. Raus aus dem Krisenmodus**

77 Wir wollen, dass die Unterbringung, Versorgung und Ermöglichung von Teilhabe  
78 geflüchteter Menschen als dauerhafte Aufgabe verstanden wird, für die mit Weitblick  
79 die notwendigen finanziellen Mittel, personellen Ressourcen und Verwaltungsstrukturen  
80 bereitgestellt werden. Weite Teile dieser Aufgaben hat das Land auf die Kommunen

81 übertragen. Das ist richtig, denn die Kommunen sind am nächsten an den Menschen und  
82 organisieren den gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort. Wir als baden-  
83 württembergische Sozialdemokrat:innen wollen, dass sowohl zwischen Bund und Land als  
84 auch zwischen Land und Kommunen eine dauerhafte, auskömmliche und transparente  
85 Finanzierung vereinbart wird. Dadurch werden Verlässlichkeit und Vertrauen  
86 geschaffen. Das Land muss die Strukturen schaffen, die eine gute und sozial  
87 verträgliche Unterbringung ermöglichen. Es kann nicht sein, dass mangels  
88 funktionierender Strukturen Turnhallen für die Unterbringung geflüchteter Menschen  
89 zweckentfremdet werden. Stattdessen muss auch dauerhaft mit einem hohen Zuzug von  
90 Menschen gerechnet werden. Hierauf muss sich das Land besser vorbereiten.

91 Die baden-württembergische Sozialdemokratie steht dafür,

- 92 • langfristige Planungen zu treffen, die auf die Aufnahme, Unterbringung und  
93 Versorgung einer hohen Anzahl von Menschen ausgerichtet ist;
- 94 • eine dauerhafte Finanzierung von Teilhabe- und Unterbringungsmaßnahmen mit den  
95 Kommunen zu vereinbaren;
- 96 • das Integrationsmanagement gesetzlich zu verankern und durch das Land dauerhaft  
97 zu finanzieren;
- 98 • Verwaltungsstrukturen in den Regierungspräsidien dauerhaft anzulegen und nicht  
99 im ständigen Krisenmodus zu handeln.

## 100 2. Landeserstaufnahmeeinrichtungen ausbauen und reformieren

101 Landeserstaufnahmeeinrichtungen (LEAs) sind ein wichtiger Garant für ein effizientes  
102 Asylverfahren. Sie müssen ausgebaut und in weiten Teilen neu konzipiert werden.  
103 Notwendig ist die Schaffung weiterer LEAs. Die Standortkonzeption von 2016 ist  
104 veraltet und muss grundsätzlich erneuert werden. Das Land muss transparent und  
105 zuverlässig handeln, um die Akzeptanz von LEAs vor Ort zu erreichen und  
106 Standortkonflikte zu vermeiden. Dazu braucht es auch eine offene Kommunikations- und  
107 Beteiligungskultur von Anfang an.

108 Durch die Schaffung zusätzlicher LEAs kann unterschiedlichen Bedarfen geflüchteter  
109 Menschen, insbesondere derjenigen mit besonderem Schutzbedarf, flexibler und  
110 wirksamer begegnet werden. Massenunterkünfte sollen vermieden werden. Vielmehr sollen  
111 schon in LEAs Wohngruppenkonzepte etabliert werden.

112 In Kooperation mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sollen  
113 Vorabverfahren etabliert werden, durch die schon nach kurzer Zeit und unter  
114 vollständiger Beachtung aller rechtsstaatlichen Grundsätze eine erste rechtliche  
115 Einschätzung der Erfolgsaussichten individueller Asylbegehren durch das BAMF  
116 abgegeben und an die Landesbehörden weitergegeben werden kann. Die Vorabverfahren  
117 sollen reguläre Asylverfahren und insbesondere die individuelle Prüfung des  
118 Asylanspruchs nicht ersetzen, sondern dafür sorgen, dass Menschen und Behörden  
119 Handlungsmöglichkeiten im konkreten Fall frühzeitig klarwerden. Ziel soll sein,  
120 Menschen mit im Vorabverfahren negativen Erfolgsaussichten frühzeitig Alternativen  
121 durch enge Beratung aufzuzeigen, durch die auch das Phänomen der Kettenduldung  
122 vermieden wird. Menschen, deren Asylbegehren auf Grundlage des Vorabverfahrens nur  
123 geringe Aussicht auf Erfolg beigemessen wird, sollen regelmäßig bis zum Abschluss des  
124 Asylverfahrens und der gegebenenfalls zu vollziehenden Ausreisepflicht nicht in die  
125 kommunale Unterbringung überführt werden. Dies betrifft insbesondere auch Menschen

126 aus Herkunftsstaaten mit einer Schutzquote von unter 5 %. Dies betraf im Jahr 2022  
127 ca. 3.800 der insgesamt 25.562 in Baden-Württemberg gestellten Erstanträge. Die  
128 Pufferfunktion der LEAs, die eine wichtige Entlastung für die Kommunen darstellt,  
129 muss gestärkt werden.

130 Die Bedarfe geflüchteter Menschen sollen in den LEAs noch stärker als bisher in den  
131 Fokus gerückt werden. Die psychosoziale Betreuung wollen wir stärken und ausbauen.  
132 Die interkulturellen und psychosozialen Kompetenzen des Sicherheitspersonals sollen  
133 gefördert und zu einem maßgeblichen Kriterium bei der Einstellung gemacht werden.  
134 Personalschlüssel sollen so gestaltet sein, dass eine individuelle Betreuung möglich  
135 ist. Es sollen ausreichend Psycho- und Traumatherapeut:innen sowie Dolmetscher:innen  
136 ständig in der LEA präsent sein. Zugang zur Rechtsberatung in den LEAs muss jederzeit  
137 gewährleistet sein. Wir wollen ein landesweites und differenziertes  
138 Gewaltschutzkonzept. Für Geflüchtete mit besonderen Schutzbedarfen müssen geeignete  
139 Ressourcen bereitstehen. Kultur-, Sprach- und Freizeitangebote müssen in den LEAs  
140 flächendeckend angeboten werden.

141 Die baden-württembergische Sozialdemokratie steht dafür:

- 142 • eine umfassende und grundlegend neue Standortkonzeption mit zusätzlichen LEAs zu  
143 entwickeln;
- 144 • feste und verlässliche Beteiligungsverfahren auf kommunaler Ebene für die  
145 Schaffung von LEAs durchzuführen und dann zügig zu entscheiden;
- 146 • alle wesentlichen Akteure, insbesondere das BAMF, die Träger der  
147 Wohlfahrtspflege, Leistungserbringer im Gesundheitsbereich und psychosozialen  
148 Betreuung geflüchteter Menschen mit ständigen Strukturen in die LEAs zu holen;
- 149 • Vorabverfahren zur rechtlichen Einschätzung der Erfolgsaussichten von  
150 Asylanträgen in enger Kooperation mit dem BAMF einzuführen.

### 151 3. Eine Chance für unser Land und jeden einzelnen: Spurwechsel

152 Baden-Württemberg ist in erheblichem Maße auf Zuwanderung angewiesen. In jedem  
153 Bereich besteht ein existenzieller Arbeits- und Fachkräftemangel, der sich zunehmend  
154 verschärfen wird. Ende Juli 2023 waren in Baden-Württemberg noch knapp 35.000 von  
155 75.000 gemeldeten Ausbildungsstellen für das Ausbildungsjahr 2023 unbesetzt. Neben  
156 der Fachkräfteeinwanderung soll denjenigen Menschen, die sich bereits in Deutschland  
157 aufhalten, deren Asylantrag mangels Begründetheit aber abschlägig beschieden wird,  
158 alternative Bleibeperspektiven eröffnet werden. Mit dem in dieser Legislatur  
159 verabschiedeten Chancenaufenthaltsgesetz hat der Bund erstmals eine begrenzte,  
160 reguläre Möglichkeit für abgelehnte Asylbewerber:innen zum Spurwechsel im System, das  
161 heißt ohne, dass eine vorherige Ausreise nötig ist, erlassen. Hieran gilt es  
162 anzuknüpfen und Möglichkeiten auszubauen!

163 Menschen, die sich anstrengen, die arbeiten und einen Beitrag zum Gemeinwohl  
164 erbringen wollen, sollen bleiben dürfen. Mitwirkung muss sich lohnen: Wer sich  
165 anstrengt, soll seine Chance bekommen. Mit dem Bundesgesetz über die Duldung bei  
166 Ausbildung und Beschäftigung seit 2020 sind wichtige Voraussetzungen dafür geschaffen  
167 worden, dass Menschen, die keine Aussicht auf eine humanitäre Aufenthaltserlaubnis  
168 haben, Perspektiven eröffnet werden. Wer sich einbringt, hat die Möglichkeit, seinen  
169 Aufenthalt zu legalisieren und dauerhaft bleiben zu können. Das Land muss durch  
170 Anweisungen der Ausländerbehörden die Wirksamkeit dieser Maßnahmen fördern. Dazu

171 gehört auch die aktive Förderung der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche. Menschen,  
172 die sich anstrengen, aber voraussichtlich oder tatsächlich keinen Asylanspruch haben,  
173 sollen frühzeitig bei der Suche nach Alternativen eingebunden und unterstützt werden.

174 Kettenduldungen sollen vermieden werden. Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung  
175 sollen nur Zwischenschritte auf dem Weg zur Legalisierung des Aufenthalts sein.  
176 Menschen, die sich anstrengen, sollen mittelfristig eine Aufenthaltserlaubnis  
177 bekommen. Mit dem Chancenaufenthaltsrecht hat der Bund eine Möglichkeit geschaffen,  
178 auch langjährig Geduldeten eine Perspektive zu eröffnen. Bisher wurde in Baden-  
179 Württemberg erst ca. 10 % der potenziell Berechtigten ein Chancenaufenthaltsrecht  
180 erteilt. Das Land darf hier nicht nachlassen und muss weiterhin darauf hinwirken,  
181 dass mehr Menschen aus prekären Kettenduldungen in reguläre Aufenthaltstitel  
182 überführt werden.

183 Die baden-württembergische Sozialdemokratie steht dafür:

- 184 • umfangreiche und flächendeckende Beratungs- und Informationsangebote für  
185 betroffene Menschen über Möglichkeiten, Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse zu  
186 erlangen, bereitzustellen;
- 187 • Menschen, deren Erfolgsaussichten auf einen humanitären Aufenthaltstitel im  
188 Vorabverfahren als gering eingeschätzt werden, aktiv aufzusuchen und über  
189 Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten und damit Bleibeperspektiven aufzuklären;
- 190 • durch wohlwollende Ausübung von Ermessen hinsichtlich der Erteilung von  
191 Wohnsitzauflagen die Annahme von Arbeits- und Ausbildungsangeboten für  
192 geflüchtete Menschen zu erleichtern;
- 193 • ermessenslenkende Verwaltungsvorschriften bezüglich der Gewährung von  
194 Aufenthaltstiteln zu erlassen, die darauf gerichtet sind, Menschen, die eine  
195 Ausbildung in einem von der Bundesagentur für Arbeit ausgewiesenen Mangelberuf,  
196 insbesondere Pflege- und Gesundheitsberufe, sowie im Erziehungs- und  
197 Betreuungsbereich ergreifen, eine Bleibeperspektive zu eröffnen.

#### 198 **4. Ausreisepflicht konsequent durchsetzen**

199 Das Rechtsstaatsprinzip gilt in jedem Lebensbereich. Rechtsklarheit und  
200 Rechtssicherheit sind keine verhandelbaren Größen. Dies gilt sowohl hinsichtlich der  
201 Rechtsansprüche von Asylbegehrenden als auch für rechtskräftige Entscheidungen der  
202 Behörden. Nicht alle Menschen, die nach Baden-Württemberg kommen, können auf  
203 Grundlage des Asylrechts hierbleiben. Wer sich anstrengt, soll eine Chance auf  
204 Spurwechsel haben. Ist dies nicht möglich, gilt die Ausreisepflicht. Menschen, die  
205 erhebliche Straftaten begehen oder sich gegen unsere freiheitlich-demokratische  
206 Grundordnung stellen, sollen keine Bleibeperspektive erhalten. Erfolgt die Ausreise  
207 nicht freiwillig und stehen insbesondere keine humanitären Hindernisse entgegen, wird  
208 die Ausreisepflicht durch Abschiebung vollzogen. Familien sollen durch Abschiebungen  
209 nicht auseinandergerissen werden. Für die Abschiebehaft gelten zurecht hohe Hürden.  
210 Wenn allerdings die Voraussetzungen für eine Abschiebehaft vorliegen, dann darf es  
211 nicht deshalb zu keiner Abschiebehaft kommen, weil nicht ausreichend Plätze zur  
212 Verfügung stehen. Deshalb bedarf es des Ausbaus von Abschiebehaft- und  
213 Abschiebearrestkapazitäten. Das 2018 geplante Ausbauziel von 80 Plätzen wurde  
214 verfehlt. Es muss jetzt eine neue Bedarfsanalyse mit klarer Festlegung realistischer  
215 und notwendiger Ausbauziele vorgenommen werden.

216 Die baden-württembergische Sozialdemokratie steht dafür:

- 217 • die Kapazitäten der Abschiebehaft- und Abschiebearresteinrichtungen auszubauen;
- 218 • Wohnsitz- und Aufenthaltsauflagen von Menschen, die zur Ausreise aufgefordert  
219 wurden, auch während eines möglichen Widerspruchs- oder verwaltungsgerichtlichen  
220 Verfahrens engmaschig zu kontrollieren;
- 221 • die Kapazitäten in den LEAs so auszubauen, dass die Unterbringung von  
222 vollziehbar ausreisepflichtigen Menschen bis zur Durchsetzung der  
223 Ausreisepflicht regelmäßig gewährleistet werden kann;
- 224 • die Beratung über Rückkehrperspektiven so zu verbessern, dass sie möglichst  
225 frühzeitig erfolgt und klare, realistische wirtschaftliche Perspektiven für  
226 Menschen ohne Bleibemöglichkeit in Deutschland aufzeigt.

#### 227 **5. Kommunen und Klient:innen entlasten: Ausländerbehörden neu organisieren**

228 Die derzeitige Struktur der unteren Ausländerbehörden hat Anteil daran, dass diese an  
229 der Belastungsgrenze stehen. Land- und Stadtkreise, sowie Große Kreisstädte, sind mit  
230 der Anzahl zu betreuender Klient:innen in ihrer jeweiligen Zuständigkeit stark  
231 gefordert. Erschwerend hinzu kommt, dass die Ausländerbehörden in Konkurrenz um  
232 Fachkräfte sind. Derzeit sind beispielsweise in der unteren Ausländerbehörde  
233 Stuttgart ca. 30 % der ausgewiesenen Stellen unbesetzt. Dies schlägt sich unmittelbar  
234 in einer enormen Arbeitsbelastung der Angestellten und unzumutbaren Wartezeiten für  
235 die Klient:innen nieder. Häufig fehlt es aber nicht nur an Personal, sondern auch an  
236 Fachwissen und Geld. Es braucht deshalb Maßnahmen, durch die die Ausländerbehörden  
237 kurzfristig entlastet werden. Neben der Unterstützung bei der Personalgewinnung muss  
238 das Land insbesondere durch die Dienst- und Rechtsaufsicht und klare  
239 Dienstanweisungen und Ermessenshinweise ein einheitliches, rechtssicheres  
240 Entscheidungswesen schaffen. Das Land muss die unteren Ausländerbehörden bei der  
241 Gewinnung von Personal unterstützen; dazu können sowohl die Bereitstellung  
242 finanzieller Ressourcen als auch die Einrichtung eines Portals, bei dem sich sowohl  
243 Arbeitnehmer:innen, Arbeitgeber:innen als auch Behörden registrieren können,  
244 beitragen.

245 Die Ausländerbehörden in Baden-Württemberg müssen darüber hinaus grundsätzlich neu  
246 strukturiert werden. Eine langfristige Verbesserung der Situation, insbesondere die  
247 Möglichkeit einer zentralen Personal- und Entscheidungspolitik, kann möglicherweise  
248 nur durch die Schaffung eines Landeseinwanderungsamts geschaffen werden, dessen  
249 Außenstellen die derzeitigen unteren Ausländerbehörden ersetzen. Kommunale  
250 Angelegenheiten von Menschen ohne deutsche Staatsbürger:innenschaft könnten dann in  
251 das reguläre kommunale Angebot für Bürger:innen – wie beispielsweise in der Stadt  
252 Aalen – integriert werden.

253 Die baden-württembergische Sozialdemokratie steht dafür:

- 254 • klare Dienst- und Ermessensanweisungen für die Ausländerbehörden zu erlassen;
- 255 • ein einheitliches, rechtssicheres Entscheidungswesen zu schaffen;
- 256 • eine Personalgewinnungsoffensive für die Ausländerbehörden zu schaffen;
- 257 • perspektivisch ein Landeseinwanderungsamt mit zentraler Personalpolitik und  
258 insbesondere Wissens- und Finanzsteuerung zu schaffen, dessen Außenstellen die  
259 bisherigen unteren Ausländerbehörden ersetzen sollen;

- 260 • kommunale Dienstleistungen, die keinen dezidiert ausländerrechtlichen Bezug  
261 haben – wie etwa An- und Ummeldungen – aus der Struktur des  
262 Landeseinwanderungsamts auszugliedern und in die kommunalen Bürgerämter  
263 einzugliedern.

#### 264 **6. Verfahren beschleunigen: Digitalisierung, Vereinfachung und Vereinheitlichung**

265 Bürokratische und andere Hürden im Verfahren müssen abgebaut werden. Einen  
266 wesentlichen Beitrag kann die Digitalisierung von Verfahrensschritten leisten.  
267 Derzeit arbeiten nur 50 % der Ausländerbehörden digital. Zur externen Kommunikation  
268 auf digitalem Wege sind sogar nur ein Drittel der Ausländerbehörden in der Lage.  
269 Anträge sollen nicht nur mehrsprachig angeboten werden, sondern auch  
270 adressatengerecht gestaltet sein. Digitalisierung bedeutet nicht nur, Formulare als  
271 PDF online zu stellen. Erprobt werden sollen vielmehr Apps und andere Konzepte, die  
272 durch eine interaktive und intuitive Bearbeitungsweise Verwaltungsprozesse  
273 erleichtern. Zur Entlastung der Ausländerbehörden und der geflüchteten Menschen  
274 sollen Vorsprechtermine reduziert werden. Eine enge und intensive Betreuung und  
275 Beratung bei Anträgen und anderen Verwaltungsschritten soll zu einer Entlastung  
276 führen.

277 Die baden-württembergische Sozialdemokratie steht dafür:

- 278 • zur Einzelfallreduzierung Prozesse zu standardisieren und zu vereinheitlichen;
- 279 • unter Berücksichtigung des Datenschutzes das Once-Only-Prinzip zu etablieren;
- 280 • redundante Prozesse und fakultative Verfahrensschritte zu reduzieren;
- 281 • Vorsprechtermine zu reduzieren, insbesondere durch Verlängerung des  
282 Befristungszeitraums von Aufenthaltserlaubnissen und Duldungen;
- 283 • Betreuungsschlüssel im Verwaltungsverfahren zu reduzieren und die entsprechenden  
284 Mittel für Personaleinstellungen bereitzustellen;
- 285 • Informationsmaterialien und Anwendungshinweise mehrsprachig, verständlich und  
286 klar zu fassen.

#### 287 **7. Hürden abbauen: Begleitung im ganzen Verfahren**

288 Der Kontakt mit der Verwaltung kann für Menschen eine große Herausforderung  
289 darstellen. Dies gilt verstärkt für Menschen, die keine oder nur eingeschränkte  
290 Deutschkenntnisse haben. Hinzu kommt, dass das Asylverfahren ein besonders intensives  
291 und kompliziertes Verfahren ist. Um geflüchtete Menschen im Asylverfahren zu  
292 unterstützen, soll ihnen von Beginn an eine Begleitperson zugeteilt werden, die sie  
293 während des gesamten Verfahrens und über die verschiedenen Unterbringungsphasen  
294 hinweg betreut. Dies dient nicht nur der Orientierung der geflüchteten Menschen im  
295 Verfahren und der Unterstützung beim Zugang zu staatlichen und sozialen Angeboten,  
296 sondern auch der Entlastung der Verwaltung: Durch die Begleitung können Barrieren  
297 abgebaut und Missverständnissen vorgebeugt werden. Zu einer wirksamen Begleitung  
298 gehört auch die Schaffung von Möglichkeiten zur Rechtsberatung – auch zur Entlastung  
299 der Behörden. Die Soziale Arbeit soll gestärkt werden. Das Engagement Ehrenamtlicher  
300 und die Selbstorganisation migrantischer Organisationen sollen gefördert werden.

301 Die baden-württembergische Sozialdemokratie steht dafür:

- 302 • die Zuständigkeit für die psychosoziale Betreuung von geflüchteten Menschen im  
303 gesamten Verfahren und über Unterbringungsformen hinweg zu vereinheitlichen;

- 304 • zur Gewährleistung eines fairen Verfahrens für jeden geflüchteten Menschen in  
305 Baden-Württemberg den Anspruch auf eine kostenlose juristische Erstberatung zu  
306 schaffen;
- 307 • die Flüchtlingssozialarbeit in Baden-Württemberg zukünftig an den Bedarfen und  
308 Bedürfnissen der Klient:innen statt an den Vorgaben des mehrstufigen Systems zu  
309 orientieren: Wir fordern gültige Standards für Beratung, Betreuung,  
310 Unterbringung und Gewaltschutz im ganzen Land;
- 311 • perspektivisch ein einstufiges Integrationsverfahren mit integrierter  
312 Sozialberatung einzuführen, in dem alle Leistungen aus einer Hand kommen.  
313 Sozialverbände können so eine Betreuung ohne Lücken, die über verschiedene  
314 Ebenen und Abläufe verstetigt und verzahnt ist, sicherstellen;
- 315 • durch eine zentral angesiedelte Ehrenamtskoordination die Vernetzung und Arbeit  
316 von ehrenamtlich organisierten Vereinen zu stärken.

317 **8. Verantwortungsgemeinschaft institutionalisieren: Kommission zur Koordinierung**  
318 **der Landesaufnahmepolitik**

319 An einer gelingenden Migrationspolitik sind viele Akteure beteiligt. Neben den  
320 staatlichen Akteuren sind dies insbesondere die Träger der Wohlfahrtspflege. Ihre  
321 Arbeit mit Geflüchteten garantiert, dass Gemeinschaft gelingen kann. Alle an der  
322 Migrationsarbeit Beteiligten haben legitime Belange; nur wenn diese in Einklang  
323 gebracht werden, kann eine wirksame Migrationspolitik gestaltet werden. Dafür braucht  
324 es regelmäßigen Austausch auf Augenhöhe. Singuläre „Flüchtlingsgipfel“ können diesen  
325 Zweck nicht erfüllen. Der stetige Austausch von Best-Practice-Beispielen soll  
326 gefördert werden.

327 Die baden-württembergische Sozialdemokratie steht dafür:

- 328 • ein ständiges Gremium zu bilden, in dem alle beteiligten Akteure – namentlich  
329 Kommunen, Landesregierung, Leistungsträger, Wohlfahrtsverbände und  
330 Interessenvertretungen von geflüchteten Menschen – vertreten sind;
- 331 • dieses Gremium mit einem jährlichen Statusbericht mit Handlungsempfehlungen, die  
332 an die Landesregierung gerichtet sind, zu beauftragen;
- 333 • den Austausch von Best-Practice-Beispielen zu institutionalisieren.

334 **9. Unabhängigkeit stärken: Härtefallkommission beim Landtag ansiedeln**

335 Die Härtefallkommission leistet einen bedeutenden Beitrag, um unbillige Einzelfälle  
336 zu vermeiden. Sie ist eine wichtige Ergänzung zum allgemeinen rechtsstaatlichen  
337 Verfahren. Auch wegen der Zunahme an Fällen, über die die Härtefallkommission berät,  
338 muss diese gestärkt werden. Insbesondere ihre Unabhängigkeit von der Landesregierung,  
339 an die sich die jeweilige Empfehlung der Härtefallkommission richtet, muss gefördert  
340 werden.

341 Die baden-württembergische Sozialdemokratie steht dafür:

- 342 • die Härtefallkommission beim Landtag anzusiedeln und insbesondere die Benennung  
343 der Mitglieder der Härtefallkommission dem Landtag zu übertragen;
- 344 • eine weisungsunabhängige Ombudsperson für die Belange geflüchteter Menschen  
345 durch den Landtag zu wählen.

346 **10. Den Einzelnen im Blick: Effektive Maßnahmen für besondere Schutzbedarfe**

347 Durch Art. 21 der EU-Aufnahmerichtlinie (RL 2013/33/EU) ist Baden-Württemberg  
348 verpflichtet, Maßnahmen für besondere Schutzbedarfe von geflüchteten Menschen zu  
349 treffen. Eine Reihe von Personengruppen unterliegt aufgrund ihrer Erfahrungen oder  
350 unveränderlicher Merkmale einem höheren Risiko der Ausgrenzung, der (erneuten)  
351 Gewalterfahrung und Benachteiligung im Asylverfahren. Dies betrifft beispielsweise  
352 unbegleitete Minderjährige, LSBTIQ-Personen, Menschen mit Behinderungen und Personen,  
353 die Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere Formen psychischer, physischer oder  
354 sexualisierter Gewalt überlebt haben. Menschen mit besonderen Schutzbedarfen sind  
355 besonders vulnerabel. Es braucht besondere Verfahrensgarantien, um den individuellen  
356 Schutzanspruch dieser Menschen zu realisieren. Dabei muss berücksichtigt werden, dass  
357 sich Schutzbedarfskategorien häufig überschneiden und daraus spezifische,  
358 individuelle Bedarfe resultieren. Es braucht deshalb ein Konzept zur systematischen,  
359 flächendeckenden Identifizierung besonderer Schutzbedarfe, das flexibel auf  
360 unterschiedliche Lebenssituationen und Schutzbedarfskomplexe reagieren kann.

361 Die baden-württembergische Sozialdemokratie steht dafür:

- 362 • im gesamten Asylverfahren Maßnahmen und Regelungen zu treffen, durch die  
363 besondere Schutzbedarfe besonders berücksichtigt werden;
- 364 • Maßnahmen zu treffen, durch die die Identifizierung besonderer Schutzbedarfe  
365 ermöglicht werden;
- 366 • durch ein landesweites Gewaltschutzkonzept für Erstaufnahmeeinrichtungen die  
367 Sicherheit von Geflüchteten mit besonderen Schutzbedarfen flächendeckend zu  
368 gewährleisten.

## Antrag IR01: Gleichstellung Freiwilligendienst mit freiwilligem Wehrdienst

Antragsteller*in:	KV Emmendingen, OV Denzlingen
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	IR - Innen und Recht

### 1 Gleichstellung Freiwilligendienst mit freiwilligem 2 Wehrdienst

- 3 Das Entgelt für den Bundesfreiwilligendienst (BFD) und das freiwillige soziale Jahr  
4 (FSJ) sollen an das Entgelt des freiwilligen Wehrdienstes (FWD) angepasst werden.  
5 Auch die sonstigen Bedingungen der Freiwilligendienste, wie Dienstdauer (7 bis 23  
6 Monate) und fundierte Kenntnisvermittlung, sollten denen des freiwilligen  
7 Wehrdienstes (FWD) entsprechen.

## **Antrag IR03: App-basierte Alarmierung von Ersthelferinnen und Ersthelfern landesweit einheitlich und flächendeckend ausbauen**

<b>Antragsteller*in:</b>	KV Freiburg
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	IR - Innen und Recht

### **1 App-basierte Alarmierung von Ersthelferinnen und 2 Ersthelfern landesweit einheitlich und flächendeckend 3 ausbauen**

4 Die SPD Baden-Württemberg setzt sich für ein flächendeckendes, einheitliches  
5 smartphonebasiertes App-Alarmierungssystem zur Ersthelfer:innen-Alarmierung ein.

6 Das Land Baden-Württemberg muss die Kosten für die Einrichtung und Aufrechterhaltung  
7 der Infrastruktur (Aufschaltung auf die Leitstellen, Betreiben der Applikation)  
8 übernehmen

9 Die integrierten Leitstellen müssen als zusätzliche Aufgabe die Alarmierung von  
10 Ersthelferinnen und Ersthelfern durch dieses System übernehmen und weiterleiten

11 Die Ausschreibung an eine etablierte gemeinnützige Organisation, die bereits ein  
12 funktionierendes System betreibt, muss öffentlich erfolgen und darf nicht auf die  
13 Leistungserbringer beschränkt sein.

14 Es muss zwingend die Möglichkeit vorgesehen sein, dass eine:r der alarmierten  
15 Helfer:innen zuerst einen AED (automatisierter externer Defibrillator) holt und dann  
16 zum Notfallort gelangt, dafür ist aktuelles Kartenmaterial über die Standorte  
17 derselben unabdingbar

18 In das Curriculum aller medizinischen Ausbildungen und Studiengänge sowie der Erste  
19 Hilfe Ausbildungen (mindestens zweitägig) ist der Hinweis zur Anmeldung und  
20 Handhabung des smartphonebasierten Alarmierungssystems verbindlich aufzunehmen

21 Im Rahmen der "Führerschein-Kurse" (Lebensrettende Sofortmaßnahmen) soll eine Werbung  
22 für den erweiterten Erste-Hilfe-Kurs, welcher Voraussetzung für die Anmeldung im  
23 System sein sollte, erfolgen.

## **Antrag IR06: Nachkommen der Forderungen der Betroffenen des sogenannten „Radikalenerlasses“ nach Rehabilitierung und Entschädigung sowie Aufarbeitung**

<b>Antragsteller*in:</b>	KV Heidelberg
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Antragskommission:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	IR - Innen und Recht

1 **Nachkommen der Forderungen der Betroffenen des**  
2 **sogenannten „Radikalenerlasses“ nach Rehabilitierung und**  
3 **Entschädigung sowie Aufarbeitung**

4 Wir fordern die baden-württembergische Landesregierung und den Landtag dazu auf, den  
5 Forderungen der Betroffenen des sogenannten „Radikalenerlasses“ nach Rehabilitierung  
6 und Entschädigung sowie Aufarbeitung nachzukommen.

# Antrag PO01: Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Rechtspopulisten

Antragsteller*in:	KV Rhein-Neckar
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	PO - Partei und Organisation

## 1 Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Rechtspopulisten

2 Der Parteitag der SPD Baden-Württemberg beauftragt den Landesvorstand, die  
3 nachfolgenden „Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Rechtspopulisten wie z.B. der  
4 AfD“ in ihren „Leitfaden für die Kommunalwahlen 2024“ aufzunehmen bzw. alternativ den  
5 Ortsvereinen als Anregung zur Verfügung zu stellen.

6

### 7 Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Rechtspopulisten wie z.B. der AfD

#### 8 **Klare Abgrenzung – keinerlei Zusammenarbeit.**

9 Das Gift des Rechtspopulismus dringt immer tiefer in unsere Gesellschaft ein – und  
10 macht sich auch in der Kommunalpolitik bemerkbar. Um der Verfestigung von rechtem  
11 Gedankengut und Wahlverhalten in der Bevölkerung entgegenzuwirken, müssen wir bei  
12 jeder Gelegenheit deutlich machen, dass die rechtsextreme AfD keine demokratische  
13 Partei ist und daher als Gesprächs- bzw. Kooperationspartnerin für die SPD nicht in  
14 Frage kommt.

#### 15 **AfD-Strategie der Normalisierung durchkreuzen.**

16 Aus unserer Sicht ist die AfD in Gänze eine rechtsextreme Partei, die auf allen  
17 politischen Ebenen das Ziel verfolgt, unsere Demokratie auszuhöhlen und  
18 Minderheitenrechte einzuschränken.

19 Dabei bedient sie sich gern der Strategie, durch scheinbar unpolitische Anträge  
20 Mehrheiten einzusammeln. Diese Strategie dient dazu, ihre rechts-populistische  
21 Politik sowie ihre völkisch-nationalen Positionen gesellschaftlich zu normalisieren,  
22 um damit zu einem akzeptierten politischen Akteur und damit zu einem Teil der  
23 politischen „Normalität“ zu werden.

24 Mit Ihrem Bestreben nach Normalität und Akzeptanz will sich die AfD den Zugang zu  
25 demokratischen Institutionen erschleichen, um sie dann – demokratisch legitimiert –  
26 zu zerstören. Dieser Strategie der Normalisierung und Unterwanderung werden  
27 Sozialdemokraten in aller Schärfe und Entschlossenheit entgegenreten!

#### 28 **Keine Kooperation mit der AfD in kommunalen Gremien, keinem AfD-Antrag zustimmen.**

29 Gegenseitige Konsultationen, das Werben um Unterstützung für eigene Vorhaben,  
30 Absprachen im Zuge von Haushaltsberatungen bis hin zu gemeinsamen öffentlichen  
31 Auftritten gehören unter demokratischen Fraktionen zum politischen Alltag –  
32 Antidemokraten werden dadurch unnötig aufgewertet.

33 Jegliche Annäherung und jede Form von Vertrautheit der AfD sind abzuwehren vor dem  
34 Hintergrund, dass man es mit Vertreter\*innen einer offen rechtsextremen und  
35 programmatisch verfassungsfeindlichen Partei zu tun hat!

36 Sozialdemokrat\*innen streben daher keine parlamentarische Zusammenarbeit und keine  
37 öffentliche Diskussion über AfD-Anträge in demokratischen Gremien an. Wir wollen  
38 zeigen, dass es keine Zusammenarbeit mit dieser Partei gibt und geben kann.

39 Wir lehnen ab oder enthalten uns, aber wir geben Anträgen der AfD keine Stimme! Auch  
40 AfD-Anträge, die sich mit unseren Forderungen decken, sind meist taktischer Natur,  
41 d.h. sie dienen lediglich dazu, die Konkurrenz vorzuführen. Eine Unterstützung  
42 verbietet sich schon deshalb, weil jeder Antrag unabhängig von seinem Inhalt der  
43 Antrag einer Partei ist, deren Werte und Ziele sich weit außerhalb des demokratischen  
44 Spektrums bewegen, das für uns relevant ist. Außerdem: Wir sind das soziale Original!  
45 Im Zweifel ist es besser, den entsprechenden Antrag bei späterer Gelegenheit in  
46 modifizierter Form von uns einzubringen – der AfD-Antrag dagegen muss abgelehnt  
47 werden.

48 Anders verhält es sich mit unseren Anträgen, für die wir selbstverständlich keine  
49 Unterstützung der AfD suchen. Doch selbst bei konsequenter Abschottung ist es  
50 möglich, dass sich die AfD einem SPD-Antrag anschließt bzw. dieser Antrag überhaupt  
51 dadurch erst die entscheidende Mehrheit erhält. Das aber ist nicht zu verhindern und  
52 macht unseren richtigen Antrag nicht falsch.

#### 53 **Jahresbilanz der AfD veröffentlichen.**

54 Wir empfehlen, das Agieren der AfD in den Kommunalparlamenten zu dokumentieren.  
55 Rassistische, menschenfeindliche Äußerungen, verbale Entgleisungen jeglicher Art und  
56 Anträge, die den sozialen Interessen in der Kommune zuwiderlaufen, sollten gesammelt  
57 und in einer Bilanz (nach 100 Tagen oder nach einem Jahr) veröffentlicht werden.

#### 58 **Einmischen. Widersprechen. Nicht wegschauen. Schon vor der Wahl.**

59 Ob am Stammtisch, im Gespräch in der Nachbarschaft oder auf der Arbeit: Wenn  
60 Rechtsradikale in Diskussionen Stimmung machen, sollten wir nicht weghören, sondern  
61 widersprechen und uns Verbündete suchen.

62 Wenn Betroffene rechtsradikaler Gewalt ihre Geschichte öffentlich machen, geht uns  
63 das etwas an! Wir sollten sie mindestens dadurch unterstützen, dass wir ihre  
64 Geschichte mit anderen Menschen teilen und damit auf Tabubrüche, Gewalt und Hetze  
65 aufmerksam machen.

#### 66 **Bündnisse, Netzwerke, Kultur- und Bildungsarbeit gegen rechts unterstützen.**

67 Die Mehrheit der Menschen, die sich kommunalpolitisch engagieren sind Demokratinnen  
68 und Demokraten, die sich klar gegen die rechtsextremen, rassistischen und  
69 antidemokratischen Positionen der AfD stellen. Wir arbeiten gemeinsam mit allen  
70 demokratischen kommunalpolitischen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, wie  
71 Parteien, Sportvereine, religiöse Gemeinschaften und Bürgerbewegungen zusammen, wenn  
72 es darum geht, ein Zeichen gegen die demokratiebekämpfende AfD zu setzen. In der  
73 Auseinandersetzung mit der AfD haben sich an vielen Orten Bündnisse und Initiativen  
74 gegen Rechts gebildet. Sie sind unsere natürlichen Kooperationspartner, um die AfD  
75 als rechtsextreme und antidemokratische Bewegung zu entlarven. Wir sollten uns daher  
76 an breiten Bündnissen beteiligen, die Gegenwehr organisieren, Minderheiten schützen  
77 und somit Kommunen und öffentliche Räume vor rechter Dominanz bewahren. In den  
78 kommunalen Gremien haben wir die Möglichkeit, Veranstaltungen und interkulturelle  
79 Arbeit zu unterstützen und damit Räume für eine antirassistische, tolerante  
80 Jugendkultur zu schaffen bzw. zu fördern.

81

82 **Fazit**

83 Für die Sozialdemokratie gilt grundsätzlich, dass der Rechtsextremismus von Beginn an  
84 und in jeder Form bekämpft werden muss und jegliche Kooperation inakzeptabel ist. Wer  
85 danach strebt, die Demokratie zu zerstören, darf nicht in demokratische Verfahren  
86 einbezogen werden. Soweit es die formalen Regeln zulassen, steht die SPD daher  
87 konsequent gegen alle Formen der Zusammenarbeit mit der AfD! Dies ist zum Schutz  
88 demokratischer Körperschaften vor Unterwanderung durch Rechtsextreme notwendig und  
89 muss in der Öffentlichkeit auch so kommuniziert werden.

## Antrag VI03: Solarenergie an Straßen- und Schienenwegen

Antragsteller*in:	OV Kinzigtal
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	VI - Verkehr und Infrastruktur

### 1 Solarenergie an Straßen- und Schienenwegen

- 2 Der Landesparteitag soll die notwendigen Schritte einleiten, damit sich die SPD-
- 3 Fraktion dafür einsetzt, dass die Landesregierung durch geeignete Maßnahmen den
- 4 rechtlichen und finanziellen Rahmen für die Zweitnutzung sowieso notwendiger Bundes-,
- 5 Landes- oder Kommunal- Baumaßnahmen wie z.B, Lärmschutzanlagen (Straße, Schiene,
- 6 ...) zur Energiegewinnung bereitstellt und Kommunen und Kommunale-Unternehmen
- 7 unterstützt, diese Ideen auch realisieren zu können.
- 8 Eine bundesweite Umsetzung wird begrüßt.

## Antrag VI04: Öffentlichen Verkehr verbessern, Wasser als Verkehrsträger nutzen, Fährverbindungen auf dem Bodensee in ÖPNV-System integrieren

Antragsteller*in:	KV Bodensee, KV Konstanz
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	VI - Verkehr und Infrastruktur

### 1 Öffentlichen Verkehr verbessern, Wasser als 2 Verkehrsträger nutzen, Fährverbindungen auf dem Bodensee 3 in ÖPNV-System integrieren

4 Der Bodenseeraum ist eine der stärksten Wirtschaftsregionen Baden-Württembergs. Die  
5 nicht ausreichend leistungsfähige Infrastruktur auf Straße, Schiene und dem Bodensee  
6 selbst hemmt die Region dabei, ihr volles Potenzial zu entfalten. Die Bürgerinnen und  
7 Bürger der Bodenseeregion warten genauso wie unsere starken Unternehmen und „hidden  
8 Champions“ seit Jahrzehnten auf Entlastung von der Politik. Doch während die  
9 Bundespolitik beispielsweise mit der Erhöhung der Regionalisierungsmittel und dem  
10 Deutschland-Ticket zuletzt deutlich mehr Anstrengungen zur Stärkung des ÖPNV und der  
11 Verkehrsinfrastruktur unternommen hat, hält die Landesregierung die Bodenseeregion  
12 mit leeren Worten hin. Dies gilt für die Bodenseegürtelbahn und für den Anschluss der  
13 Region so wichtige Gäubahn genauso wie für den Ausbau der Bundesstraßeninfrastruktur,  
14 bei der die Landesregierung wenig Bemühungen zeigt, Verfahren zu beschleunigen. Dies  
15 ist besonders bezeichnend, da es ausgerechnet die Grünen in der Landesregierung sind,  
16 welche eine Stärkung des ÖPNV stets als Ziel ausgeben, den Worten aber dann keine  
17 Taten folgen lassen haben. Dies wollen und können wir nicht länger hinnehmen.

18 So bleibt auch das Potenzial des Bodenseeschiffahrt-Verkehrs bislang wenig genutzt.  
19 Obwohl etwa mit den Bodenseeschiffahrt-Betrieben (BSB) die erste Binnenschiffahrt-  
20 Reederei Deutschlands, die auf komplett emissionsfreie Schifffahrt umstellen will,  
21 aus Baden-Württemberg kommt, ist die Landesregierung auch an dieser Stelle bislang  
22 nicht bereit, die nötige Unterstützung zukommen zu lassen und den Schiffsverkehr in  
23 den ÖPNV zu integrieren. Statt breit zu unterstützen, wie es andere Bundesländer in  
24 diesem Bereich längst tun, wird auf die Landkreise verwiesen. Diese  
25 Verweigerungshaltung muss enden.

26 Wir als SPD Baden-Württemberg wissen um die teils prekäre Lage am See und verstehen,  
27 dass die Bürgerinnen und Bürger, die Kommunen sowie die Wirtschaft nicht länger  
28 alleine gelassen werden dürfen. Für uns ist klar: Die Innovationskraft und das große  
29 wirtschaftliche und touristische Potential können sich aber nur dann entfalten, wenn  
30 durch die Landesregierung die nötigen Voraussetzungen geschaffen werden. Deshalb  
31 fordern wir:

- 32 • Regelmäßig verkehrende, getaktete, ganzjährige Schiffsverkehre wie die Fähr- und  
33 Katamaran-Verbindungen auf dem Bodensee müssen in das System des ÖPNV integriert  
34 werden. Wir fordern daher vom Landtag, das ÖPNV-Gesetz des Landes zu  
35 präzisieren.

- 36 • Ticket-Angebote wie das JugendticketBW oder das 49-Euro-Ticket müssen auf den  
37 Fährverbindungen anerkannt werden. Wir fordern die Landesregierung auf, mit den  
38 Anbietern entsprechende Verhandlungen zu führen und diese zügig abzuschließen.
- 39 • Fährverbindungen müssen in die Informationsportale des öffentlichen Verkehrs so  
40 integriert werden, dass sie von den Fahrgästen bei ihrer Reiseplanung  
41 berücksichtigt werden können.
- 42 • Die SPD Baden-Württemberg unterstützt die Kampagne see-ticket.de der  
43 Kreisverbände Konstanz und Bodenseekreis.

## Antrag WI01: Faire Wärmepreise sicherstellen

Antragsteller*in:	KV Stuttgart
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	WI - Wirtschaft

### 1 Faire Wärmepreise sicherstellen

1. Maßnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität müssen grundsätzlich sozial verträglich gestaltet sein und werden. Dies gilt in besonderem Maße für Wärmeabgabepreise in zukünftig klimaneutral versorgten Wärmenetzen, da die Preise eine direkte Auswirkung auf die Mietnebenkosten haben. Um dies sicherzustellen sind auf Bundes- und Landesebene entsprechende gesetzliche oder ordnungspolitische Maßnahmen zu ergreifen. Sobald die fossile Gasverbrennung als Wettbewerberin nicht mehr erlaubt sein wird, werden zahlreichen Stadtquartiere fast ausschließlich mit Nah- und Fernwärme für das Heizen und warmes Wasser versorgt werden.

Um wirtschaftlich tragfähige Lösungen zu ermöglichen, sieht das novellierte Klimaschutzgesetz in Baden-Württemberg zudem vor, dass Städte und Gemeinden einen Anschluss an Wärmenetze vorschreiben können. Ein Monopol, wie es die Wärmenetze dann darstellen, ist mit dem Grundgedanken einer wettbewerblich orientierten Marktwirtschaft nicht vereinbar und eröffnet die Möglichkeit überhöhte Abgabepreise festzulegen. Wir fordern daher einen gesetzlich vorgegebenen Deckel für Wärmeabgabepreise.

2. Wir fordern die Landesregierung in Baden-Württemberg und ihr Beteiligungsunternehmen EnBW als aktuellen Eigentümer des Stuttgarter Fernwärmenetzes auf, den Klimafahrplan 2035 der Landeshauptstadt zu unterstützen und einen Transformations- und Ausbauplan des Netzes vorzulegen. Dieser Plan ist eng mit der Stadt Stuttgart und ihren Beteiligungsunternehmen abzustimmen. Die von Fernwärme zu versorgenden Quartiere werden von der Landeshauptstadt im Rahmen der laufenden Wärmeplanung festgelegt. Die Ausbauarbeiten des Fernwärmenetzes müssen im Jahr 2035 abgeschlossen sein.

3. Wir unterstützen die Forderung der Landeshauptstadt nach Übernahme des Fernwärmenetzes von der EnBW als Teil der Daseinsvorsorge, auch um eine konsequente Umsetzung des Klimafahrplans 2035 sicherzustellen. Durch eine strategische Entscheidung im EnBW-Aufsichtsrat müssen Landesregierung und OEW endlich eine entsprechende Richtungsentscheidung vornehmen. Die seit Jahren laufenden gerichtlichen Auseinandersetzungen zweier Organisationen der öffentlichen Hand müssen endlich durch eine politische Lösung ein Ende finden. Die Klimakrise erlaubt es nicht weiter Zeit zu verlieren.